



Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovationen

1) **Moderner Staat und Demokratie**

– **Verwaltungsmodernisierung**


Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Verwaltung agiler und digitaler gestalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Feste ressort- und behördenübergreifende Projektteams schaffen und mit konkreten Kompetenzen ausstatten – Proaktives Verwaltungshandeln durch antragslose und automatisierte Verfahren gesetzlich verankern 	<ul style="list-style-type: none"> – E-Government als notwendigen Schritt zur Reduzierung der langwierigen bürokratischen Prozesse von Behörden schnell in Form von digitaler Antragsverwaltung bis hin zu einer zeitgemäßen und technisch aktuellen Behördenvernetzung umsetzen und einheitlich gestalten → Digitale Agenda des Mittelstands, 12 Punkte-Plan der Mittelstand-sallianz, Impulspapier Eckpunkte Digitalisierung 	

– **Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung**


Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Verfahrensdauer sollen mindestens halbiert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Verwaltungsverfahren vereinfachen – Ausbau der Inhouse-Beratungsagenturen zu Beschleunigungsagenturen, die auch für Länder und Kommunen einfach zugänglich sind – Möglichst frühe Stichtage für die anzuwendende Sach- und Rechtslage vorsehen – Verzahnung zwischen Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren ermöglichen – Gebiete der Fachplanung in das allgemeine Verwaltungsverfahrenrecht überführen 	<ul style="list-style-type: none"> – Drastische Verkürzung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, um Deutschland wieder moderner, flexibler und wettbewerbsfähiger zu gestalten – Öffentliche Genehmigungsbehörden müssen personell aufgestockt, private und öffentliche Planungskapazitäten erweitert und Standards angepasst werden – Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungsgesetz → Post-Corona-Agenda 	


2) Digitale Innovationen und digitale Infrastruktur

– Digitaler Staat und digitale Verwaltung


Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Leistungen vom Staat einfach handhabbar und digital gestalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Weiterentwicklung des Online-Zugang-Gesetzes für klare Standardisierung und Vereinheitlichung von IT-Verfahren nach dem Einer-für-alle-Prinzip (EfA) – Klare Verantwortlichkeiten in der IT-Sicherheit schaffen – Aus der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) eine agile, flexible Einheit mit einem mehrjährigen Globalbudget machen – Einführung eines vertrauenswürdigen, allgemein anwendbaren Identitätsmanagements 	<ul style="list-style-type: none"> – Den rechtlichen Rahmen des Online-Zugangs-Gesetzes als Grundlage nutzen, um eine eindeutige Identität zuzuweisen und die informationelle Selbstbestimmung der eigenen Daten zu gewährleisten – Regulativer Rahmen für IT-Sicherheit muss nachvollziehbarer und anwendungsorientierter ausgestaltet werden <p>→ Digitale Agenda des Mittelstands, Impulspapier Eckpunkte Digitalisierung</p>	

– Digitale Infrastruktur



Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Flächendeckende Versorgung mit Glasfaser und dem neusten Mobilfunkstandard:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausbau vorrangig eigenwirtschaftlich vorantreiben – Investitionen in Infrastruktur vor allem dort, wo der Nachholbedarf am größten ist – Unter Wahrung des Investitionsschutzes Open Access zu fairen Bedingungen ermöglichen – Auf Basis von Potenzialanalysen die Glasfaserausbauförderung auch ohne Aufgreifschwelle vorantreiben – Als Ergänzung zu FTTH und In-house-Glasfaserverkabelung die Förderung mittels Voucher aufbauen – Frequenzvergabe wird auf Flächenversorgung ausgerichtet, notfalls durch negative Auktionen 	<ul style="list-style-type: none"> – Eigenwirtschaftlichen Ausbau fördern, da dieser deutlich effizienter ist als breit gestreute und starre staatliche Förderprogramme – Unterversorgte Gebiete durch Förderprogramme für Glasfaserausbau priorisieren, beispielsweise durch Subventionierung eines Teils der Kosten für den Glasfaseranschluss des Gebäudes, des Internetvertrags oder der Glasfaserverkabelung im Gebäude – Statt neuer Auktionsverfahren für Frequenzen im Telekommunikationsbereich als Alternative eine Verpflichtung der Telekommunikationsanbieter in den massiven und beschleunigten Ausbau der Infrastruktur einführen und nicht Unternehmen und ihre Innovationstätigkeit durch Auktionskosten belasten <p>→ Post-Corona-Agenda</p>	

<p>Mehr Tempo beim Infrastrukturausbau:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Schlanke digitale Antrags- und Genehmigungsverfahren einführen – Normierung alternativer Verlegetechniken – Aufbau eines bundesweiten Gigabit-Grundbuchs 	<ul style="list-style-type: none"> – Breitband mit der Geschwindigkeit von 1000 Mbit/s im Download und Upload sowie mobiles Netz mit der Geschwindigkeit von 10000 Mbit/s (5G) oder schneller müssen deutschlandweit bis spätestens 2024 verfügbar sein – Bei zukünftigen Großprojekten zur digitalen Infrastruktur müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen eine agilere Durchführung gewährleisten <p>→ Digitale Agenda des Mittelstands</p>	
---	---	---


– **Digitale Bürgerrechte und IT-Sicherheit**

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Digitale Bürgerrechte und IT-Sicherheit stärken:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Recht auf Verschlüsselung einführen – Hersteller sollen für Schäden haften, die fahrlässig durch IT-Sicherheitslücken in ihren Produkten verursacht werden – Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) soll unabhängiger aufgestellt und als zentrale Stelle im Bereich IT-Sicherheit ausgebaut werden 	<ul style="list-style-type: none"> – Bundesamt für Sicherheits- und Informationsschutz als zuständige Behörde stärken, da derzeit Dutzende, teils autonome, IT-Sicherheitsinstitutionen Aufklärungsprozesse verwässern und verlangsamen – Staatliche Investitionszulage für IT-Sicherheit, um Anreize für Investitionen zu schaffen <p>→ Digitale Agenda des Mittelstands, Impulspapier Eckpunkte Digitalisierung</p>	
<p>Sicherung der digitalen Souveränität:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Recht auf Interoperabilität und Portabilität etablieren – Offene Standards, Open Source und europäische Ökosysteme etablieren, etwa bei 5G oder KI 	<ul style="list-style-type: none"> – Zugang, die Mitwirkung an und Entwicklung von offenen Netzen und Systemen wird zunehmend zu einem Kriterium, das über die Wettbewerbsfähigkeit entscheidet. Proprietäre Strukturen lassen sich nicht mehr aufrechterhalten und Politik, Gesetzgebung und Betroffene sind zu Kollaboration und nachhaltiger Mitgestaltung aufgerufen <p>→ 12-Punkte-Plan Mittelstandsallianz</p>	


– Nutzung von Daten und Datenrechte

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Potentiale von Daten für alle heben:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Schaffung von Instrumenten wie Datentreuhändern, Datendreh scheiben und Datenspenden gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – Besserer Zugang zu Daten insbesondere für KMU und Start-ups – Aufbau eines Dateninstituts für Datenverfügbarkeit und -standardisierung 	<ul style="list-style-type: none"> – Monopolfreie Kooperationen, Marktplätze und Eco-Systeme sollten gefördert und Datenpooling für KMU gestattet werden, damit digitale Technologien viel unkomplizierter flächendeckend in KMU gebracht werden können <p>→ Digitale Agenda des Mittelstands</p>	
<p>Durchsetzung und Kohärenz des Datenschutzes verstärken:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Europäische Zusammenarbeit im Bereich des Datenschutzes verstärken – Datenschutzkonferenz wird im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) institutionalisiert 	<ul style="list-style-type: none"> – Für die DSGVO und zukünftige Gesetzesvorhaben sollte Rücksicht auf den Mittelstand bei der Umsetzung des Datenschutzes genommen werden, weil die derzeitige DSGVO zahlreiche Rechtsunsicherheiten birgt und diese vorher vorab geklärt werden müssen <p>→ Digitale Agenda des Mittelstands</p>	

– Digitale Schlüsseltechnologien

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Treiber eines starken Technologiestandortes werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI), Quantentechnologien, Cybersicherheit, Distributed-Ledger-Technologie (DLT), Robotik und weitere Zukunftstechnologien sowie strategische Technologiefelder werden gestärkt – Förderung der Zusammenarbeit europäischer Forschungsstandorte 	<ul style="list-style-type: none"> – Staatlichen Investitionen in Schlüsseltechnologien wie KI müssen deutlich erhöht werden – Mittelständler müssen in den Fokus von Förderprogrammen genommen werden – Etablierung eines längerfristig angelegten Investitionsprogramms bis 2030 mit einem Volumen von 200 Euro pro Kopf, also einem Gesamtvolumen von 16 Milliarden Euro. Damit ließe sich auch mehr Personal in den zuständigen Behörden und Ministerien finanzieren. <p>→ 12 -Punkte-Plan Mittelstandsallianz, Digitale Agenda des Mittelstands, Impulspapier Eckpunkte Digitalisierung</p>	

– **Nachhaltigkeit in der Digitalisierung**

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Potentiale der Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit nutzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Förderung digitaler Zwillinge, um den Verbrauch an Ressourcen zu reduzieren – Rechenzentren auf ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausrichten – Öffentliche Rechenzentren werden bis 2025 ein Umweltmanagementsystem einführen – Zertifizierung wie z.B. der Blaue Engel auch für IT-Beschaffungen des Bundes als Standard etablieren 	<ul style="list-style-type: none"> – Finanzielle Förderung nachhaltiger digitaler Geschäftsmodelle – Investitionen in Forschung, um die Potentiale der Digitalisierung für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft zu nutzen <p>→ Digitale Agenda des Mittelstands</p>	

– **Digitale Wirtschaft**





Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Wettbewerbsbedingungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Förderung Level Playing Field im Wettbewerb – Engagement für die ambitionierten Regelungen des Digital Markets Act (DMA) – Einführung europäisch einheitlicher Interoperabilitätsverpflichtungen und Regelungen zur Fusionskontrolle – Stärkung des Bundeskartellamts im Umgang mit Plattformen – Öffentliche Ausschreibungen und Beschaffungsprozesse einfacher gestalten 	<ul style="list-style-type: none"> – Sicherstellung eines Level Playing Field für Unternehmen, die auf dem gleichen Markt tätig sind – Schaffung funktionierender europäischer Regulierungs- und Marktüberwachungsbehörden – Schnelle Umsetzung eines digitalen europäischen Binnenmarktes <p>→ Digitale Agenda des Mittelstands, 12-Punkte-Plan Mittelstandsallianz</p>	
<p>Förderungspolitik im Bereich Digitales:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Förderung von digitalen Start-ups in der Spätfinanzierung – Stärkung des Venture-Capital-Standorts – Schaffung eines Gründerinnen-Stipendiums – Stärkung der KMU bei der Digitalisierung durch Förderung 	<ul style="list-style-type: none"> – Einführung eines Gründungs-BAföG für die Finanzierung der Startphase von Start-ups, das über 12 Monate den Lebensunterhalt sichert <p>→ Post-Corona-Agenda</p>	

Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft



1) Wirtschaft



– **Industrie**

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Heimische Industrie:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die heimische Industrie soll bei der Transformation mit Blick auf Klimaschutz und Digitalisierung unterstützt werden – Es sollen Instrumente geschaffen werden, die für die Erreichung der Klimaziele ausreichend sind und die Wirtschaftlichkeitslücke schließen (Bsp. Carbon Contracts for Difference CCfD) – Die Rückzahlungsphasen sollen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit erreicht werden 	<ul style="list-style-type: none"> – CCfD gutes Instrument für Anfangsinvestitionen – Viele KMU haben bereits umfassend in Energieeffizienz investiert, sodass CCfD ins Leere laufen könnten 	
<p>Europaweite Instrumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Unterstützung eines europaweiten CO₂-Grenzausgleichsmechanismus oder ähnlich wirksamer Instrumente – Muss WTO konform ausgestaltet sein – Darf die Exportindustrie nicht benachteiligen – Muss Greenwashing verhindern – Soll unbürokratisch innerhalb des bestehenden Emissionshandelssystems umgesetzt werden 	<ul style="list-style-type: none"> – Abkehr vom rein nationalen Emissionshandel (Verkehr/Wärme) – Erarbeitung einer europäischen Lösung inkl. Carbon Leakage Schutz → Stellungnahme zur BEHG-Carbon-Leakage-Verordnung (02/2021) 	
<p>Wasserstoff</p> <ul style="list-style-type: none"> – Unterstützung bei der Gründung einer Europäischen Union für grünen Wasserstoff – Investitionen in den Aufbau einer Wasserstoffnetzinfrastruktur sollen finanziell gefördert werden – Durch ein ambitioniertes Update der nationalen Wasserstoffstrategie soll ein Leitmarkt bis 2030 geschaffen werden – Vorantreiben von europäischen und Klima-/Energiepartnerschaften für klimaneutralen Wasserstoff und seine Derivate – Grüner Wasserstoff soll vorrangig in den Wirtschaftssektoren genutzt werden, in denen es nicht möglich ist, Verfahren und Prozesse durch eine direkte Elektrifizierung auf Treibhausneutralität umzustellen 	<ul style="list-style-type: none"> – Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft als wichtiger Bestandteil klimaneutraler Industrieprozesse muss auf politischer Ebene stärker forciert werden. 	



<p>Internationale Zusammenarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> – Gemeinsam mit der Europäischen Union und internationalen Partnern soll ein internationaler Klimaschutzclub gegründet werden – Dieser Club soll für alle Staaten offen sein – Es soll einen einheitlichen CO₂-Mindestpreis und einen gemeinsamen CO₂-Grenzausgleich geben 	<ul style="list-style-type: none"> – Effektiver Klimaschutz lässt sich nur auf europäischer und globaler Ebene erreichen → Positionspapier „Mittelstand. Motor der Energiewende“ → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ (08/21) 	
<p>Wettbewerbsfähige Strompreise</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Industrie soll, unter konsequenter Nutzung der eigenen Potenziale Erneuerbarer Energien, wettbewerbsfähige Strompreise erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → u.a. Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ (08/2021) 	
<p>Batteriezellen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Deutschland soll zu einem Zentrum für Forschung, Fertigung und Recycling von Batteriezellen werden 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → u.a. Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ (08/2021) 	
<p>Halbleiterindustrie</p> <ul style="list-style-type: none"> – Deutschland soll globaler Standort der Halbleiterindustrie werden – Regionale Transformations- und Qualifizierungscluster sollen gemeinsam mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren aufgebaut werden – Finanzielle Unterstützung entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Halbleiterindustrie 	<ul style="list-style-type: none"> – Stärkere Fokussierung auf europäische Produktionskapazitäten bei Schlüsseltechnologien → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ (08/2021) 	

– **Transformation der Automobilindustrie**




Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Elektromobilität:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Deutschland soll zum Leitmarkt für Elektromobilität, sowie zum Innovationsstandort für autonomes Fahren werden – Beschleunigung des Ausbaus der Ladesäuleninfrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> – Elektrifizierung wo immer möglich, gleichzeitig Forschung zu alternativen Kraftstoffen, z.B. für den Schwerlastverkehr – KMU-Spezifische Ausschreibungen beim Aufbau der öffentlichen Ladesäuleninfrastruktur → u.a. Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ (08/21) 	
<p>KMU Geprägte Automobilregion:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Der Wandel der Automobilregionen hin zur Elektromobilität soll durch gezielte Clusterförderung unterstützt werden 	<ul style="list-style-type: none"> – Grundsatzforderung des BVMW: KMU als wichtige Automobilzulieferer müssen beim Umstieg auf Elektromobilität unterstützt werden 	

<p>Batterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Fortführung und Weiterentwicklung der Europäischen Batterieprojekte (IPCEI) – Weitere Zellproduktionsstandorte einschließlich Recycling in Deutschland ansiedeln – Stärkung der Forschung neuer Batterie-Generationen 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → u. a. Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energie-wende“ (08/2021) 	
<p>Kooperations- und Dialogformate</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bündelung der Kooperations- und Dialogformate in die Strategieplattform „Transformation Automobilwirtschaft“ – Teilnehmen sollen: Mobilitätswirtschaft, Umwelt- und Verkehrsverbände, Sozialpartner, Wissenschaft, Bundestag, Länder und kommunale Spitzenverbände mit den zuständigen Bundesressorts – Ziel: Klimaneutralität, Wertschöpfung sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern 	<ul style="list-style-type: none"> – Einrichtung einer Transformationsallianz unter Beteiligung von Wirtschaft und Verbänden → Forderungen des BVMW zur Bundestagswahl 	

– **Maritime Wirtschaft**

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Maritime Agenda</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bekennung zu den Zielen der Maritimen Agenda 	<ul style="list-style-type: none"> – Überarbeitung der Maritimen Agenda → Entwicklung eines nationalen Hafenkonzeptes entlang des BVMW-Positionspapiers „Die Zukunft der deutschen Containerhäfen sichern“ 	
<p>Zoll:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Zollabwicklung soll beschleunigt werden 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Positionspapier „Die Krise der deutschen Containerhäfen meistern!“ 	



– Mittelstand, Handwerk und Freie Berufe


Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Vergabeverfahren:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Beteiligungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Betrieben stärken 	<ul style="list-style-type: none"> – Aufnahme einer Grundsatzforderung des BVMW 	
<p>Förderprogramme:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Förderprogramme und Investitionszuschüsse sollen für KMUs sowie Selbstständige einfacher zu beantragen und dokumentieren sein – Digitalisieren, evaluieren und bedarfsgerechte Ausgestaltung 	<ul style="list-style-type: none"> – Förderprogramme für Unternehmensgründungen dürfen sich nicht allein auf den technisch-digitalen Bereich, bzw. High-Tech-Gründungen beschränken. Auch der Schritt in die Selbstständigkeit sollte gezielt gefördert werden. Unsere Wirtschaft lebt von der Verzahnung differenzierter Wertschöpfungsketten über alle Branchen und Bereiche hinweg. <p>→ 12-Punkte Plan der Mittelstandsallianz</p>	
<p>Ausbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Das Duale System der beruflichen Ausbildung soll gestärkt werden – Der Übergang soll zwischen Schule und Beruflicher Bildung verbessert werden – In einem Ausbildungspakt sollen Ausbildungsbotschafter gefördert werden – Die Durchlässigkeit von akademischer und beruflicher Bildung soll verbessert werden – Besonders im Handwerk sollen Ausbildungen gefördert werden – Einführung einer Begabtenförderung in der beruflichen Bildung – Mit einer Förderinitiative sollen Menschen mit Migrationsgeschichte auf dem Ausbildungsmarkt gestärkt werden – Meisterausbildung sollen durch Kostensenkungen der Meisterkurse sowie der Meisterbriefe erleichtert werden 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Übernahme der Kernforderungen der Bildungsallianz des Mittelstandes 	

– **Tourismus**



Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Zukunft Tourismus:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Modernisierungsprogramm „Zukunft Tourismus“ zur Unterstützung unbürokratischer Neu- und Wiedergründung – Ein langfristiger Dialog über die Zukunftsthemen der Branche (Klimaneutralität, Digitalisierung, Fachkräfte) soll durch die „Nationale Plattform Zukunft des Tourismus“ stattfinden – Gewinnung ausländischer Fachkräfte unbürokratischer gestalten 	<ul style="list-style-type: none"> – Nach der Corona-Pandemie braucht es weitere Förderungen für die Branche, die schnell und unbürokratisch bereitgestellt werden müssen. – Damit auch mittelständische Unternehmen Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben können, muss der bürokratische Aufwand bei Antragsstellungen sowie behördlichen Prüfverfahren abgebaut und der gesamte Prozess schneller durchgeführt werden. Der Mittelstand fordert deshalb bei den Prüfverfahren verstärkt angehört zu werden <p>→ 10 tourismuspolitische Forderungen des Mittelstands an die Bundesregierung</p>	
<p>Infrastruktur</p> <ul style="list-style-type: none"> – Infrastruktur soll passend zu einem nachhaltigen, naturverträglichen Tourismus ausgebaut werden. Besonders bei Wander-, Rad-, und Wassertourismus 	<ul style="list-style-type: none"> – Nachhaltige Mobilitätskonzepte, also insbesondere Schienenverkehr und öffentlicher Nahverkehr, müssen finanziell und zeitlich begünstigt werden. In diesem Zusammenhang muss bei der Verkehrswende der öffentliche Nahverkehr optimiert und vor allem das Schienennetz ausgebaut und modernisiert werden <p>→ 10 tourismuspolitische Forderungen des Mittelstands zur Bundestagswahl 2021</p>	
<p>Koordinierung der Tourismuspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> – Wiederaufnahme Prozess nationale Tourismusstrategie – Verbesserung der Koordinierung der Tourismuspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> – Der 2021 vorgestellte Aktionsplan muss angepasst werden. Viele Probleme der Branche wurden nicht berücksichtigt. Daher braucht es in der nächsten Legislaturperiode konkrete Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismusstandorts stärken. <p>→ 10 tourismuspolitische Forderungen des Mittelstands zur Bundestagswahl 2021</p>	



– Start-up-, Gründungs- und Innovationsförderung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Finanzierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Besserer Zugang zu Wagniskapital für GründerInnen – Abbau von Hürden für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund bei Finanzierung und Förderung – Die KfW soll stärker als Innovations- und Investitionsagentur agieren, sowie als Co-Wagniskapitalgeber – Privates Kapital institutioneller Anleger soll für die Startup-Finanzierung mobilisiert werden können – Guthaben auf verwaisten Konten soll zur Förderung des Gemeinwohls genutzt werden können 	<ul style="list-style-type: none"> – Leichter Zugang zu verfügbarem Kapital ermöglichen – Innovative Ideen nicht durch zu hohe Hürden verlieren – Gründungskultur durch attraktive Finanzierungsmodelle fördern und somit die Basis für erfolgreiches Unternehmertum legen → 12 Punkte Plan der Mittelstandsallianz – Neben der klassischen Finanzierung in Form von Krediten muss die Finanzierung von jungen Unternehmen und innovativen Mittelständlern durch Alternativen wie das Wagniskapitalgesetz erleichtert werden → Positionspapier Steuern und Finanzen 	
<p>Mitarbeiterkapitalbeteiligung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Anhebung des Steuerfreibetrags bei Mitarbeiterkapitalbeteiligung 	<ul style="list-style-type: none"> – Besteuerungspraxis bei Mitarbeiteroptionen reformieren – Zielsetzung des Fondsstandortgesetz (FoStoG) hinterfragen – Steuerliche Gleichstellung von Mitarbeiteroptionen und echten Anteilen am Stammkapital → Stellungnahme Mitarbeiterbeteiligungen steuerlich optimieren 	




<p>Unternehmenskultur</p> <ul style="list-style-type: none"> – Sozialunternehmen und Gesellschaften mit gebundenem Vermögen sollen stärker gefördert werden – Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften – Neue Rechtsgrundlage für Unternehmen mit gebundenem Vermögen, die Steuersparkonstruktionen ausschließt 	<ul style="list-style-type: none"> – Mit Blick darauf, dass andere Staaten bereits zur Verfolgung des Konzepts geeignete Rechtsformen anbieten, wird eine Gesellschaft mit gebundenem Vermögen als eine von vielen Rechtsformen den deutschen Mittelstand stärken. – Der BVMW wird das Gesetzgebungsverfahren daher weiterhin unvoreingenommen und konstruktiv, aber nicht unkritisch begleiten. – Dabei wird mit besonderer Sorgfalt darauf geachtet, dass die rechtlichen und steuerlichen Querbezüge und Reflexwirkungen der vorgeschlagenen Rechtsform ihren Missbrauch für andere Zwecke ausschließen – Die neue Rechtsform sollte eine Ergänzung der bisherigen Rechtsformen darstellen – Mögliche politisch motivierte Steuerbegünstigungen müssen auch in Zukunft ausgeschlossen werden <p>→ Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes für die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen</p>	
---	--	---

– **Bürokratieabbau**

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Bürokratieentlastungsgesetz</p> <ul style="list-style-type: none"> – Neues Bürokratieentlastungsgesetz – Betrifft Wirtschaft, BürgerInnen und Verwaltung – Notwendige Schutzstandards werden nicht aufgegeben – Unnötige Bürokratie abbauen 	<ul style="list-style-type: none"> – Regulierungsmoratorium für gerade verabschiedete oder in der Diskussion befindliche Gesetzgebungsvorhaben – Bürokratieentlastungsgesetz verbessern und im Rahmen einer Neuauflage eine Reduzierung der Bürokratiekosten um mindestens 10% <p>→ Post-Corona-Agenda</p>	
<p>„One-in-one-out“</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die „One-in-one-out“-Regelung wird fortgesetzt 	<ul style="list-style-type: none"> – Beibehaltung auf nationaler Ebene und analoge Anwendung der „One-in-One-out-Regelung“ bei europäischen Rechtsvorhaben – Optimal wäre zukünftig eine One-in-two-out Regelung, um den Bürokratieaufwand zu reduzieren <p>→ Post-Corona-Agenda</p>	


<p>Praxischeck</p> <ul style="list-style-type: none"> – Systematisches Verfahren zur Überprüfung des bürokratischen Aufwands von Gesetzen und Regelungen – Regelmäßige Einbeziehung der Stakeholder 	<ul style="list-style-type: none"> – In Ausnahmesituationen: Schnellere Bearbeitung von Anträgen ohne langwierige Prüfung – Gesetzgebungsverfahren zeitlich befristet – Bei Nicht-Einhaltung der Frist und Verlängerung soll das Verfahren auf seine Wirkkosten überprüft und entsprechend angepasst werden <p>→ Post-Corona-Agenda</p>	
<p>A1 Bescheinigung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Abschaffung unnötiger Erfordernisse bei der A1 Bescheinigung – Einführung eines europäischen elektronischen Echtzeitregisters 	<ul style="list-style-type: none"> – Hierbei fordert der BVMW insbesondere den Verzicht der Vorlagepflicht einer A1-Bescheinigung bei einer Entsendung unter 7 Tagen 	

– **Fachkräfte**



Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Erwerbsbeteiligung von Frauen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen durch die Arbeitsmarkt-, Gleichstellungs- und Familienpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> – Aufgrund des Fachkräftemangels müssen verschiedene Beschäftigungsgruppen, wie Frauen, stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden <p>→ Impulspapier Arbeitsmarkt und Sozialpolitik</p>	
<p>Ältere Erwerbstätige</p> <ul style="list-style-type: none"> – Möglichkeit für alle älteren Erwerbstätigen bis zum regulären Renteneintrittsalter zu arbeiten 	<ul style="list-style-type: none"> – Es müssen Anreize für einen Verdienst im Alter geschaffen werden, um ältere Beschäftigte, die über einen großen Wissensschatz verfügen, lange an Unternehmen zu binden <p>→ Impulspapier Arbeitsmarkt und Sozialpolitik</p>	
<p>Berufliche Bildung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Neuer Schub für Aus-, Fort-, und Weiterbildung oder Neuorientierung – Auch in der Mitte des Erwerbslebens 	<ul style="list-style-type: none"> – Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind die Schlüsselmaßnahmen, um der Transformation der Arbeitswelt zu begegnen und diese aktiv mitzugestalten <p>→ Positionspapier Qualifizierung und Weiterbildung</p>	

<p>Arbeitskräfteeinwanderung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Weiterentwicklung des Einwanderungsrechts – Entfristung bewährter Ansätze des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes wie die Westbalkanregelung – Zusätzlich eine Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems, um gesteuerten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu schaffen – Blue Card wird auf nicht-akademische Berufe ausgeweitet – Voraussetzung: konkretes Jobangebot zu marktüblichen Konditionen 	<ul style="list-style-type: none"> – BVMW spricht sich seit jeher für ein Punktesystem nach dem Vorbild erfolgreicher Einwanderungsländer aus – BVMW fordert die Gleichstellung bei der Vergabe von Visaterminen auch für nichtakademische Fachkräfte – Es darf keine Bevorzugung mehr bei der Terminvergabe von Visaterminen für Akademiker gegenüber Fachkräften ohne akademischen Hintergrund geben <p>→ Positionspapier Fachkräfteeinwanderungsgesetz</p>	
<p>Ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse</p> <ul style="list-style-type: none"> – Absenkung der Hürden bei der Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen – Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigung 	<ul style="list-style-type: none"> – Um den teilweise akuten Mangel an Fachkräften zu begegnen, müssen die Voraussetzungen zur Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen aufgeweicht werden, damit diese Personen dem deutschen Arbeitsmarkt schneller zur Verfügung stehen – Kompetenzen, wie Sprachkenntnisse können parallel zur Tätigkeit erlernt werden 	
<p>Arbeitsbedingungen</p> <p>1.) Schaffung attraktiverer Arbeitsbedingungen in Bereichen mit einem absehbaren Mangel an Arbeitskräften</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Jobwechsel in Richtung von Engpassberufen muss stärker gefördert werden, dafür ist eine entsprechende Qualifizierung/Umschulung notwendig <p>→ Positionspapier Qualifizierung und Weiterbildung</p>	

– Vergaberecht

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Öffentliche Beschaffung und Vergabe</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vereinfachen, professionalisieren, digitalisieren und beschleunigen – Wirtschaftlich, sozial, ökologisch und innovativ ausrichten – Verbindlichkeit stärken, ohne die Rechtssicherheit von Vergabeentscheidungen zu gefährden – Keine Erhöhung der Zugangshürden für den Mittelstand – Bestehenden Anforderungen entsprechend dem europäischen Recht im nationalen Vergaberecht präzisieren 	<ul style="list-style-type: none"> - Drastische Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren - Reduzierung von Klagewegen und Klagemöglichkeiten - Personelle Aufstockung der öffentlichen Genehmigungsbehörden - Erweiterung der privaten und öffentlichen Planungskapazitäten und Anpassung bestehender Standards - Umsetzung eines Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungsgesetzes - Beibehaltung auf nationaler Ebene und analoge Anwendung der „One-in-One-out-Regelung“ bei europäische Rechtsvorhaben <p>→ Post-Corona-Agenda</p>	

– Rohstoffe, Lieferketten und Freihandel



Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Recyclings</p> <ul style="list-style-type: none"> – Nutzung des ökonomischen und ökologischen Potentials von Recycling – Ressourcenverbrauch senken, dadurch Arbeitsplätze schaffen – Beschleunigung von Genehmigungsprozessen für ungebundene Finanzkredite, ohne Absenkung der Nachhaltigkeitsstandards 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Positionspapier „Rohstoffmangel und Lieferprobleme“ (07/21) → Forderung des EK Nachhaltigkeit 	
<p>EU-Lieferkettengesetz</p> <ul style="list-style-type: none"> – Unterstützung eines EU-Lieferkettengesetz, welches KMUs nicht überfordert – Umsetzung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (ggf. verbessert) – Unterstützung des Gesetzes für entwaldungsfreie Lieferketten 	<ul style="list-style-type: none"> – Gerade für KMU würde ein umfassendes europäisches Lieferkettengesetz unvorhersehbare bürokratische Zusatzbelastungen bedeuten – KMU müssen bei einer möglichen Umsetzung im Fokus stehen 	

2) Umwelt- und Naturschutz



– Naturschutz und Biodiversität


Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Biodiversitätsstrategie</p> <ul style="list-style-type: none"> – 30 % Schutzgebiete im Sinne der europäischen Biodiversitätsstrategie und im Rahmen der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) – Umsetzung auf nationaler Ebene durch Stärkung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) 	<ul style="list-style-type: none"> – Der BVMW unterstützt Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität, wie beispielsweise die Initiativen „Unternehmen Biologische Vielfalt“ oder „Biodiversity in Good Company“ 	
<p>Flächen</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. Geeignete Flächen (zum Klimaschutz oder dem Schutz der Biodiversität) werden von der Privatisierung ausgenommen und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben übertragen 1. Die Flächen werden dauerhaft, für ihren jeweiligen Zweck, weiter verpachtet 1. Zügige Übertragung von BVVG-Flächen, die für das Nationale Naturerbe beim Bundesamt für Naturschutz gelistet sind 1. Entwicklung um Funktion als CO₂-Senken erhöht 	<ul style="list-style-type: none"> – Flächenschutz darf insbesondere den Ausbau der Erneuerbaren nicht behindern – Deshalb sollten, wo immer möglich, Flächen für EE-Anlagen auch unter Gesichtspunkten der Biodiversität gedacht werden 	
<p>Naturschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> – Eins-zu-eins Umsetzung des europäischen Naturschutzrecht – Stärkung des Naturschutzes in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) – Erhöhung der Mittel für die Vertragsnaturschutzprogramme der Länder 	<ul style="list-style-type: none"> – Bei der Umsetzung von Regelungen zum Klima- und Naturschutz sollte sich D an den Vorgaben der EU orientieren (1:1-Umsetzung) 	
<p>Energiewende und Artenschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kein Abbau von ökologischen Schutzstandards bei der Energiewende – Nationales Artenschutzprogramm – Besonderer Schutz der Arten, die im Konflikt mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien stehen – Sicherstellung der Finanzierung durch Beteiligung der Betreiber 	<ul style="list-style-type: none"> – Ausbau der EE hat Priorität – Wo immer möglich, sollten EE-Ausbau und Artenschutz gemeinsam gedacht werden 	

– **Natürlicher Klimaschutz**



Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Finanzierung <ul style="list-style-type: none"> – Finanzierung durch Energie- und Klimafonds – Einrichtung eines Bundesnaturschutzfonds – Bündelung bestehender Bundesprogramme zum Naturschutz 	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Finanzierung über zusätzliche Belastungen für KMU 	
Moorschutz <ul style="list-style-type: none"> – Verabschiedung einer nationalen Moorschutzstrategie – Umsetzung von Moorschutzmaßnahmen durch partizipativen Prozess zur Erarbeitung nachhaltiger Entwicklungskonzepte begleiten – Entwicklung von Perspektiven für betroffene Regionen – Stärkung alternativer Bewirtschaftungsformen – Entwicklung von Alternativen zur Torfnutzung – Ausstiegsplan für Torfabbau und -verwendung 	<ul style="list-style-type: none"> – Soll das Ziel Klimaneutralität 2045 erreicht werden, sind natürliche Senken wie Moore von Bedeutung, da sie große Mengen CO₂ binden können 	

– **Klimaanpassung**


Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Klimaanpassungsgesetz <ul style="list-style-type: none"> – Klimaanpassungsgesetz schafft den Rahmen für eine nationale Klimaanpassungsstrategie – Messbare Ziele in den Handlungsfeldern Hitzeversorgung, Gesundheits- und Allergieprävention und Wasserinfrastruktur – Möglichkeit rechtzeitig nachzusteuern – Sofortprogramm für erste dringliche Maßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> – Insbesondere kritische Infrastrukturen müssen vor den Einflüssen des Klimawandels geschützt werden 	
Finanzierung <ul style="list-style-type: none"> – Verankerung der gemeinsamen Finanzierung von Bund und Ländern zur Klimavorsorge und Klimaanpassung – Ausstattung der Länder mit ausreichend finanziellen Mitteln – Mehr Raum für Innovationen, Digitalisierung und privatwirtschaftliche Alternativen 	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Finanzierung über zusätzliche Belastungen für KMU 	

<p>Hochwasser und Überschwemmung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Finanzielle Stärkung der Länder – Bundeseinheitliche Standards zur Bewertung von Hochwasser- und Starkregenrisiken – Erstellung und Veröffentlichung von Risikokarten – Überprüfung des Ausnahmekatalogs für die Genehmigung von Bauvorhaben in ausgewiesenen Überschwemmungsgebieten – Unterstützung von Privathaushalten mit einer KfW-Förderung bei der privaten Hochwasser- und Starkregenvorsorge – Unterstützung von Kommunen bei Investitionen in die Klimaresilienz, besonders bei klimafester Infrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> – S.o. – gerade der Schutz kritischer Infrastrukturen muss im Fokus stehen 	
---	--	---


– **Luftreinhaltung**

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>EU-Luftqualitätsrichtlinie</p> <ul style="list-style-type: none"> – Unterstützung der Novellierung des EU-Luftqualitätsrichtlinie 	<ul style="list-style-type: none"> – Fahrverbote und Eingriffe in den innerstädtischen Lieferverkehr sind zu vermeiden 	
<p>Luftqualität</p> <ul style="list-style-type: none"> – Unterstützung von Kommunen für bessere Luftqualität 	<ul style="list-style-type: none"> – Fahrverbote und Eingriffe in den innerstädtischen Lieferverkehr sind zu vermeiden 	




– **Bodenschutz**

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>30-ha-Ziel Flächenverbrauch</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ziel: 30-ha-Ziel beim Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke spätestens 2030 – Anreize setzen, Fehlanreize vermeiden und Versiegelung reduzieren 	<ul style="list-style-type: none"> – Der Flächenverbrauch ist in möglichst engen Grenzen zu halten – Jedoch dürfen durch solche Regelungen keine verstärkten Flächennutzungskonflikte entstehen 	

– Chemikalienpolitik

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Produktionsstandort Deutschland <ul style="list-style-type: none"> – Stärkung der Forschung und des Produktionsstandort Deutschland – Ziel: Umfassende Bewertung von Stoffen und Entwicklung nachhaltiger Chemikalien 	→ Grundsatzforderung des BVMW	




– Kreislaufwirtschaft

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Nationale Kreislaufstrategie <ul style="list-style-type: none"> – Bündelung bestehender rohstoffpolitischer Strategien 	<ul style="list-style-type: none"> – Stärkung der Kreislaufwirtschaft – Steigerung der Recycling-Quoten in allen Bereichen → Grundsatzforderungen des Expertenkreises Nachhaltigkeit → Positionspapier „Lieferprobleme und Rohstoffmangel“ 	
EU-Standards <ul style="list-style-type: none"> – Einheitliche Standards in der EU – Einheitliche Festlegung der Anforderungen an Produkte europaweit im Dialog mit den Herstellern – Produkte müssen langlebig, wiederverwendbar, recycelbar und reparierbar sein 	– Europaweite Standards sind notwendig, damit deutsche KMU als Vorreiter wettbewerbsfähig bleiben und keine Abwanderung von Produktionskapazitäten stattfindet	
Erweiterte Herstellerverantwortung <ul style="list-style-type: none"> – Stärkung der erweiterten Herstellerverantwortung auf europäischer Ebene 	– Jede Erweiterung der Herstellerverantwortung und anderer Gewährleistungspflichten führt zu steigenden bürokratischen Belastungen	




<p>Digitale Produktpässe</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einführung digitaler Produktpässe – Unterstützung der Unternehmen bei der Umsetzung – Wahrung des Prinzips der Datensparsamkeit 	<ul style="list-style-type: none"> – Einheitliche Vorgaben und Förderprogramme müssen den Aufbau der entsprechenden Infrastruktur und die Durchführung in KMU unterstützen 	
<p>Abfallvermeidung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Stärkung der Abfallvermeidung – Durch gesetzliche Ziele – Durch ökologisch vorteilhafte Mehrweg-, Rücknahme- und Pfandsysteme – Durch Branchenvereinbarungen – Unterstützung innovativer, nachhaltiger Ideen 	<ul style="list-style-type: none"> – Starre Vorgaben auf gesetzlicher Basis bringen immer auch zusätzlichen Umsetzungsaufwand und neue Nachweispflichten mit sich – Anreizsysteme sollten gesetzlichen Verpflichtungen vorgezogen werden 	
<p>Elektrogeräte und Batterien</p> <ul style="list-style-type: none"> – Anreizsystem zur umweltgerechten Entsorgung bestimmter Elektrogeräte und Lithium-Ionen-Batterien – Zuführung zur Kreislaufwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> – Aufbau einer deutschen/ europäischen Batteriewirtschaft wird auch die Umsetzung von Kreislaufsystemen notwendig machen → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
<p>Retourenvernichtung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Reduzierung der Retourenvernichtung 	<ul style="list-style-type: none"> → Grundsatzforderung des Expertenkreises Nachhaltigkeit 	
<p>Verpackungsdesign</p> <ul style="list-style-type: none"> – Belohnung von ressourcenschonendem und recyclingfreundlichen Verpackungsdesign durch gesetzlich verankertem Fondsmodell 	<ul style="list-style-type: none"> → Grundsatzforderung des Expertenkreises Nachhaltigkeit 	
<p>Recycling-Label</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einführung eines Recycling-Labels 	<ul style="list-style-type: none"> – Einführung von Produktlabeln führt nicht immer zu einer Verbesserung des Status Quo – Gerade für KMU kann die Informationsbereitstellung für zusätzliche Label zur Herausforderung werden 	

3) Mobilität




– Infrastruktur

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Bundesfernstraßen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Fokus auf Erhalt und Sanierung – Besonderer Schwerpunkt auf Ingenieurbauwerke – Anteil der Erhaltungsmittel bis 2025 bei wachsendem Etat schrittweise erhöhen 	<ul style="list-style-type: none"> – Verkehrswege als kritische Infrastruktur anerkennen und die Funktionsfähigkeit gewährleisten und verbessern → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Verkehrswende“ 	
<p>Bedarfsplanprüfung und Dialog</p> <ul style="list-style-type: none"> – Dialogprozess mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden parallel zur laufenden Bedarfsplanprüfung – Ziel: Verständigung über die Prioritäten bei der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplan – Gemeinsame Abstimmung über laufende Projekte bis zur Bedarfsplanüberprüfung 	<ul style="list-style-type: none"> → Grundsatzforderung des BVMW – Verbände bei der Bedarfsprüfung und Weiterentwicklungen kritischer Infrastrukturen wie der Verkehrswege beteiligen 	
<p>CO₂</p> <ul style="list-style-type: none"> – 2023 CO₂-Differenzierung der Lkw-Maut – Einbeziehung des Güterkraftverkehrs ab 3,5 Tonnen – CO₂-Zuschlag einführen, unter der Bedingung, eine Doppelbelastung durch den CO₂-Preis auszuschließen – Mehreinnahmen für Mobilität 	<ul style="list-style-type: none"> – Gerade mittelständische Logistiker planen ihre Investitionen langfristig und sind nicht in der Lage, schnell ganze Fuhrparks auszutauschen. Vorgaben wie eine CO₂-Differenzierung sollten deshalb KMU-orientiert gestaltet werden. → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Verkehrswende“ 	



– Öffentlicher Verkehr und neue Mobilitätsangebote




Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Nahtlose Mobilität <ul style="list-style-type: none"> – Verpflichtung von Verkehrsunternehmen und Mobilitätsanbieter zur Bereitstellung ihrer Echtzeitdaten unter fairen Bedingungen – Ermöglichen von Anbieter übergreifenden Buchungen – Weiterentwicklung des Datenraum Mobilität 	<ul style="list-style-type: none"> – Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger/ Intermodale Mobilität stärken – Neue Formen der Mobilität fördern (z.B. Carsharing) <p>→ Grundsatzforderung der Kommission „Logistik und Mobilität“</p>	
Intermodale Verknüpfungen <ul style="list-style-type: none"> – Stärkung von intermodalen Verknüpfungen – Förderung Barrierefreier Mobilitätsstationen 	– s.o.	
Innovative Mobilitätslösungen <ul style="list-style-type: none"> – Unterstützung von digitalen Mobilitätsdiensten, innovativer Mobilitätslösungen und Carsharing – Einbeziehung in eine langfristige Strategie für autonomes und vernetztes Fahren öffentlicher Verkehre 	– s.o.	

– Güterverkehr



Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Stadtlogistik <ul style="list-style-type: none"> – Förderung emissionsfreier Stadtlogistik 	<ul style="list-style-type: none"> – Entwicklung neuer Logistiklösungen für die „letzte Meile“ <p>→ Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Verkehrswende“</p> <p>→ Positionspapier „Die Krise der deutschen Containerhäfen meistern!“</p>	
Lkw-Stellflächen <ul style="list-style-type: none"> – Ausbau sicherer Lkw-Stellflächen an und um Autobahnen – Telematische Optimierung 	→ Grundsatzforderung der Kommission Logistik und Mobilität	
Fachkräftemangel <ul style="list-style-type: none"> – Entgegenwirken gegen den Fachkräftemangel – Qualifizierung modernisieren – Bürokratie abbauen 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW <p>→ Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Verkehrswende“</p>	

– **Autoverkehr**

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Elektromobilität <ul style="list-style-type: none"> – Leitmarkt für Elektromobilität – 15 Millionen Elektro-Pkw bis 2030 	<ul style="list-style-type: none"> – Elektrifizierung, wo immer möglich, bei gleichzeitiger Entwicklung von alternativen Antriebsformen im Sinne der Technologieoffenheit (Wasserstoff/ E-Fuels) 	
Neuzulassung <ul style="list-style-type: none"> – Neuzulassungen nur für nachweisbare, mit E-Fuels betankbare Fahrzeuge – Ab 2035? – Außerhalb des bestehenden Systems der Flottengrenzwerte 	<ul style="list-style-type: none"> – Statt einen starren Termin für das Verbot von Verbrennungsmotoren einzuführen, sollten eher Forschungs- und Innovationscluster gefördert werden, die den Markthochlauf von klimaneutralen Kraftstoffalternativen vorantreiben 	

Ladeinfrastruktur <ul style="list-style-type: none"> – Versorgungsaufgaben wenn wettbewerbliche Lösungen nicht greifen – Abbau von Hemmnissen beim Genehmigungsprozess, der Netzinfrastruktur und den Netzanschlussbedingungen – Unterstützung der Kommunen bei einer vorausschauenden Planung der Ladeinfrastruktur – Ermöglichung von bidirektionalem Laden – Transparente Strompreise – Öffentlich einsehbarer Belegungsstatus – Beschleunigung des Aufbaus eines flächendeckenden Schnelllade-Hubs Netz – Erhöhung der ausgeschriebenen Anzahl an Hubs – Überarbeitung des Masterplan Ladeinfrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
Nutzfahrzeuge <ul style="list-style-type: none"> – Weiterentwicklung der CO₂-Flottengrenzwerte für Nutzfahrzeuge – Unterstützung des Aufbaus von Tank- und Ladeinfrastruktur für Lkw 	<ul style="list-style-type: none"> – s.o. – die Umstellung des Fuhrparks mittelständischer Unternehmen auf klimaneutrale Antriebstechnologien stellt KMU vor besondere Herausforderungen, hier bedarf es zielgenauer Unterstützung 	
Mobilitätsdatengesetz <ul style="list-style-type: none"> – Schaffung eines Mobilitätsdatengesetz – Sicherstellung der freien Zugänglichkeit von Verkehrsdaten 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Verkehrswende“ 	





– **Schiffsverkehr**





Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Häfen <ul style="list-style-type: none"> – Entwicklung einer Nationalen Hafenstrategie – Förderung der engen Zusammenarbeit der Häfen – Gemeinsame Verantwortung für die notwendige Hafeninfrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Positionspapier „Die Krise der deutschen Containerhäfen meistern!“ 	
Schifffahrt <ul style="list-style-type: none"> – Steigerung des Schifffahrtsanteil im Güterverkehr – Stärkung der Hinterlandanbindungen – Förderung von Landstrom, alternativer Antriebe und Kraftstoffe – Anpassung des Flottenerneuerungsprogramm für die klimafreundliche Binnenschifffahrt – Beachtung der Gesamtbelastung bei der Ausgestaltung von Fit for 55 	<ul style="list-style-type: none"> → Impulspapier „Die Krise der deutschen Containerhäfen meistern!“ 	





– **Klimaschutzgesetz**

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Klimaschutz-Sofortprogramm <ul style="list-style-type: none"> – Notwendige Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen werden mit einem Sofortprogramm auf den Weg gebracht 	<ul style="list-style-type: none"> – Verbände und Unternehmen sollten bei der Gestaltung eines solchen Sofortprogramms beteiligt werden, ansonsten drohen unpraktikable Lösungen und zusätzliche finanzielle und bürokratische Belastungen 	
Klimacheck <ul style="list-style-type: none"> – Prüfung aller Gesetzesentwürfe durch das federführende Ressort auf Klimawirkung und Vereinbarkeit mit nationalen Klimaschutzziele 	<ul style="list-style-type: none"> – Eine solche Prüfung würde die anstehenden und notwendigen Modernisierungsprojekte, gerade im Bereich des Bürokratieabbaus, unnötig ausbremsen 	
Gesamtrechnung <ul style="list-style-type: none"> – Überprüfung der Einhaltung der Klimaziele durch eine sektorübergreifende, mehrjährige Gesamtrechnung – Auf Basis des jährlichen Monitorings 	<ul style="list-style-type: none"> – Starre Sektorenziele, die jährlich geprüft werden, sind für die Transformation zur Klimaneutralität nicht praktikabel, da viele heute umgesetzte Maßnahmen erst in einigen Jahren ihre volle Wirkung entfalten 	




– Erneuerbare Energien

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Erneuerbaren-Ziel</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bruttostrombedarf von 680-750 TWh im Jahr 2030 – 80% aus Erneuerbaren Energien 	<ul style="list-style-type: none"> → Grundsatzforderung der Kommission Energie und nachhaltiges Wirtschaften → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
<p>Netzausbau</p> <ul style="list-style-type: none"> – Beschleunigung des Netzausbaus – Anpassung der jährlichen Ausschreibungsmenge 	<ul style="list-style-type: none"> – Der Netzausbau ist eine entscheidende Komponente für eine gelingende Energiewende. Gleichzeitig sollte klar sein, dass die Energiewende so dezentral wie möglich gestaltet werden sollte – Für einen schnelleren Netzausbau ist insbesondere mehr Transparenz bei der Trassenplanung und bei der Gestaltung der Netzentgelte notwendig → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
<p>Dezentraler Ausbau Erneuerbarer Energien</p> <ul style="list-style-type: none"> – Stärkung des dezentralen Ausbaus – Stärkere Nutzung in der Erzeugerregion von Erneuerbaren Strom aus ausgeförderten Anlagen und Anlagen außerhalb der EEG-Förderung – Grünen Strom in der Erzeugerregion als Grünen Strom nutzen 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung der BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
<p>Planungs- und Genehmigungsverfahren</p> <ul style="list-style-type: none"> – Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren – Zeitlich befristeten Vorrang für Erneuerbare Energien bei der Schutzgüterabwägung – Rechtssicherheit im Artenschutz – Bundeseinheitliche Bewertungsmethode bei der Artenschutzprüfung von Windenergievorhaben – Einsatz für stärkere Ausrichtung auf den Populationsschutz auf europäischer Ebene – Ausnahmebestände rechtssicher fassen 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ → Post-Corona-Agenda 	




<p>Nutzung von Dachflächen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Nutzung aller geeigneter Dachflächen – Verpflichtend für gewerbliche Neubauten – Regel bei privaten Neubauten – Abbau bürokratischer Hürden 	<ul style="list-style-type: none"> – Förderung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien auf allen möglichen Wegen – Eine PV-Pflicht ist für das Erreichen der Ausbauziele nicht praktikabel, vielmehr sollten die regulatorischen Vorgaben vereinfacht werden, damit ein Ausbau auch im Gewerbebereich wieder attraktiver wird <p>→ Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“</p>	
<p>Photovoltaik (PV)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ziel des Ausbaus: 200GW bis 2030 – Beseitigung aller Hemmnisse – Beschleunigung von Netzan-schlüssen und Zertifizierungen – Anpassung der Vergütungssätze – Prüfung der Ausschreibungspflicht für große Dachanlagen und Deckel – Stärkung und Ermöglichung der Ko-Nutzung von innovativen Solarenergien 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW <p>→ Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“</p> <p>→ Gemeinsame Pressemitteilung des BVMW und des BSW zum Degressionsmechanismus im EEG</p>	
<p>Flächenziel</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zwei Prozent der Fläche für Windenergie – Ausgestaltung im Baugesetzbuch – Stärkung des Bund-Länder-Kooperationsausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> – Flächenkonflikte sind weitestgehend zu vermeiden 	
<p>Windenergie an Land</p> <ul style="list-style-type: none"> – In ganz Deutschland verbrauchsnahe Onshore-Windenergie – Austausch alter Windenergieanlagen in Windparks ohne großen Aufwand – Entschärfung des Konflikts zwischen Windkraftausbau und Artenschutz durch innovative technische Vermeidungsmaßnahmen – Kurzfristige Reduzierung der Abstände zu Drehfunkfeuern und Wetterradaren – Berücksichtigung des Windenergieausbaus bei der Ausweisung von Tiefflugkorridoren 	<ul style="list-style-type: none"> – Ausbau der Windenergie an Land muss vereinfacht und beschleunigt werden – Abbau von Verbandsklagerechten, um unnötige Verzögerungen beim Ausbau zu verhindern – Umfassende Strategie zur Vereinbarkeit von EE-Ausbau und Biodiversität 	

<p>Windenergie auf See</p> <ul style="list-style-type: none"> – Steigerung der Kapazitäten auf 30 GW 2030, 40 GW 2035 und 70 GW 2045 – Priorität von Offshore-Anlagen gegenüber anderen Nutzungsformen – Förderung von europäischen Offshore-Kooperationen und grenzüberschreitenden Projekten in Nord- und Ostsee – Schnelle Anbindung des zusätzlich erzeugten Offshore-Windstrom 	<ul style="list-style-type: none"> – s.o. 	
<p>Bürger-Energie</p> <ul style="list-style-type: none"> – Verbesserung der Rahmenbedingungen im Rahmen des europarechtlich Möglichen – Ausschöpfung der De-minimis-Regelung 	<ul style="list-style-type: none"> – Stärkere Beteiligung von Bürgern und Kommunen an den Erfolgen der Energiewende → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
<p>Mieterstrom- und Quartierskonzepte</p> <ul style="list-style-type: none"> – Novellierung des Steuer-, Abgaben- und Umlagesystems – Förderung von Mieterstrom- und Quartierkonzepten 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
<p>Wärme</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ziel: 2030 50% der Wärme klimaneutral erzeugen – Einsatz für eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung und Ausbau von Wärmenetzen 	<ul style="list-style-type: none"> – Versorgungssicherheit und Preisstabilität müssen gewährleistet sein – Förderprogramme im Bereich der Gebäudesanierung tragen entscheidend dazu bei, den Energiebedarf im Wärmebereich stark zu reduzieren 	




– Kohleausstieg


Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Kohleausstieg</p> <ul style="list-style-type: none"> – Idealerweise bis 2030 	<ul style="list-style-type: none"> – Kohleausstieg so schnell wie möglich, ohne dabei die Versorgungssicherheit zu gefährden 	
<p>Versorgungssicherheit und Strompreise</p> <ul style="list-style-type: none"> – Errichtung moderner Gaskraftwerke, um Strom- und Energiebedarf zu wettbewerbsfähigen Preisen zu deckeln – Bau an bisherigen Kraftwerkstandorten – Ermöglichung der Umstellung zu klimaneutralen Gasen – Überprüfungsschritt des Kohleausstiegsgesetz auf 2022 vorziehen – Monitoring der Versorgungssicherheit zu einem Stresstest weiterentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> – s.o. 	
<p>Wasserstoff</p> <ul style="list-style-type: none"> – Fortschreibung der Wasserstoffstrategie 2022 – Ziel: schneller Markthochlauf – Erste Priorität: einheimische Erzeugung auf Basis erneuerbarer Energien – Technologieoffene Ausgestaltung der Wasserstoffregulatorik – Vorantreiben der notwendigen Import- und Transportinfrastruktur – Elektrolysekapazität 10 Gigawatt 2030 – Zubau von Offshore-Windenergie – Europäische und internationale Energiepartnerschaft – Effizient gestalte Förderprogramme zum Ausbau der Infrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Sitzungen der Mittelstandsoffensive Wasserstoff 	

– Netze




Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Klimaschutz <ul style="list-style-type: none"> – Beauftragung der Bundesnetzagentur und der Netzbetreiber zur Berechnung eines Planes für ein Klimaneutralitätsnetz – Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für das Strom- und Wasserstoffnetze 	<ul style="list-style-type: none"> – s.o. – Transparenz beim Netzausbau von entscheidender Bedeutung – So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig → Positionspapier „Mittelstand – Motor der Energiewende“ 	
Bürgerbeteiligung <ul style="list-style-type: none"> – Klare Zuordnung der politischen Verantwortung für gute frühzeitige Bürgerbeteiligung beim Netzausbau 	<ul style="list-style-type: none"> – Frühzeitige Einbindung der Bürger in Neubauprojekte → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
Netzinfrastuktur <ul style="list-style-type: none"> – Speicher werden als eigenständige Säule des Energiesystems rechtlich definiert – Bereitstellung von Kapital für die Netzinfrastuktur im europäischen Vergleich braucht auch zukünftig attraktive Investitionsbedingungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Speicher können als netzdienliche Komponente die dezentrale Struktur der Energiewende unterstützen → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	



– Strommarktdesign

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
„Klimaneutrales Stromsystem“ <ul style="list-style-type: none"> – Einrichtung der Plattform „Klimaneutrales Stromsystem“ – Konkrete Vorschläge 2022 – Einbeziehung von Stakeholdern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
Finanzarchitektur <ul style="list-style-type: none"> – Garantie der Nutzung erneuerbaren Stroms für die Sektorenkopplung 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
Preisbestandteile <ul style="list-style-type: none"> – Reformation der staatlich induzierten Preisbestandteile – Sektorenkopplung ermöglichen – Level-Playing-Field für alle Energieträger und Sektoren – 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	




<p>Netzentgelte</p> <ul style="list-style-type: none"> – Reform der Netzentgelte – Mehr Transparenz – Transformation zur Klimaneutralität fördern – Faire Verteilung der Kosten der Integration der Erneuerbaren Energien 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
--	---	---

– **Sozial gerechte Energiepreise**


Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>EEG-Umlage</p> <ul style="list-style-type: none"> – EEG-Umlage wird zum 1. Januar 2023 beendet – Übernahme in den Haushalt 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Post-Corona-Agenda → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	
<p>EKF</p> <ul style="list-style-type: none"> – Übernahme der Finanzierung der nötigen Klimaschutzmaßnahmen und der EEG-Umlagen – Gespeist aus Einnahmen der Emissionshandelssysteme und Mitteln aus dem Bundeshaushalt – Auslauf der Förderung von Erneuerbaren Energien nach dem Kohleausstieg – Überprüfung und Anpassung aller Ausnahmen von EEG-Umlagen und Energiesteuern sowie der Kompensationsregelung – Abbau von Steuervergünstigungen, die sich auf wirtschaftliche Nutzung von Strom beziehen – Berücksichtigung der Entlastung durch den Wegfall der EEG-Umlagen – Unternehmen sollen nicht mehr belastet werden 	<ul style="list-style-type: none"> – Einrichtung eines Transformationsfonds → Forderungen des BVMW zur Bundestagswahl 	
<p>BEHG</p> <ul style="list-style-type: none"> – Überarbeitung des europäischen Emissionshandel und das Brennstoffemissionshandelsgesetz im Sinn des EU-Programms „Fit for55“ 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	

<p>Steigender CO₂-Preis</p> <ul style="list-style-type: none"> – Steigende CO₂-Preise als wichtiges Instrument für den Kampf gegen den Klimawandel – Starker sozialer Ausgleich – Besondere Unterstützung von Menschen mit geringem Einkommen – Gut fürs Klima = günstig – Schlecht fürs Klima = teuer 	<ul style="list-style-type: none"> – Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland sollte stets im Mittelpunkt stehen, nationale Alleingänge wie beim BEHG sind daher zu verhindern und europäische Lösungen zu suchen → Stellungnahme zur BEHG-Carbon-Leakage-Verordnung 	
<p>Emissionshandel</p> <ul style="list-style-type: none"> – Unterstützung ETS-Mindestpreis – Schaffung eines zweiten Emissionshandel für die Bereiche Wärme und Mobilität (ETS 2) – Sozialer Ausgleich in den EU-Mitgliedsstaaten – In den 2030er Jahren einheitliches EU-Emissionshandelssystem – Über alle Sektoren – Keine Belastung einseitig zulasten der VerbraucherInnen 	<ul style="list-style-type: none"> – s.o. 	

– Transformation der Wirtschaft

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Allianz für Transformation</p> <ul style="list-style-type: none"> – Gründung einer „Allianz für Transformation“ – Im Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden – In den ersten sechs Monaten 2022 stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die Transformation besprechen 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW 	
<p>Klimaneutralität von Unternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zielgerichtete Instrumente zur Unterstützung der Unternehmen – Transformationsfonds bei der KfW – Klimaschutzdifferenzverträge – Anreize für klimaneutrale Produkte – Begleitung und Förderung der KMUs auf dem Weg zur Klimaneutralität 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ → Forderungen des BVMW zur Bundestagswahl 	
<p>Carbon-Leakage-Schutz</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einsatz für wirksamen Carbon-Leakage-Schutz 	<ul style="list-style-type: none"> – 1:1-Forderung des BVMW → Stellungnahme zur BEHG-Carbon-Leakage-Verordnung 	



– Atom

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Keine Atomenergie</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bekenntnis zu Erneuerbaren Energien und gegen Atomkraft – Kernenergie soll, für die von ihr verursachten Kosten selbst aufkommen – Einsatz für Abschaltung der Grenznahen Risikoreaktoren 	<ul style="list-style-type: none"> – Das Kapitel Atomkraft ist in Deutschland geschlossen. Der Fokus sollte auf dem schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien liegen → Impulspapier „Eckpunkte einer mittelständischen Energiewende“ 	



Respekt, Chancen und soziale Sicherheit in der modernen Arbeitswelt



1) Arbeit

– Ausbildung



Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Ausbildungsgarantie:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung: – Fortführung der Allianz für Ausbildung – Ausbau der Einstiegsqualifizierung, der assistierten Ausbildung und der ausbildungsbegleitenden Hilfen – Hilfen für Geflüchtete öffnen – Ausbildungsmobilität erhöhen – Vollqualifizierende Ausbildungen für Arbeitslose und Empfänger der <u>Grundsicherung</u> 	<ul style="list-style-type: none"> – Durch Modularisierung und Teilung der Ausbildung in zwei Phasen zeitgemäße Lerninhalte vermitteln – Auszubildende und Unternehmen können Ausbildung flexibler gestalten und individuell anpassen – Notwendig ist es die Fragmentierung der Ausbildungsberufe einzudämmen 	
<p>Exzellenzinitiative berufliche Bildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausbau von InnoVet – Öffnung der Begabtenförderungswerke des Bundes für berufliche Bildung 	<ul style="list-style-type: none"> – Der BVMW fordert bundesweite Kampagne für berufliche Bildung – Gründung Bundesstiftung für berufliche Bildung (Bund, Länder und Kommunen & Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Bildung) <p>→ 7 Punkte für die Zukunft der Bildung</p>	

– Weiterbildung



<p>Aufstiegs BAföG:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausbau des Aufstiegs BAföG – Öffnung des Unterhaltbeitrag für Teilzeitfortbildungen – Förderung von Weiterbildungen auf gleicher Qualifikationsstufe, sowie einer zweiten vollqualifizierten Ausbildung – Schließen von Förderlücken zum BAföG, Erhöhung der Fördersätze und Freibeträge 	<ul style="list-style-type: none"> – BVMW hält Einführung einer Zweitausbildungsförderung für notwendig, um mit dem rasanten Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt Schritt zu halten <p>→ Post Corona Agenda</p> <ul style="list-style-type: none"> – Staat gut beraten, Anreize für stärkere Beteiligung Geringqualifizierter und finanziell Bedürftiger an Weiterbildungsmaßnahmen zu geben 	
<p>Lebenschancen-BAföG:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <u>Neues</u> Instrument für selbstbestimmte Weiterbildung, auch jenseits berufsbezogener Qualifikationen – Möglichkeit des Bildungssparens durch ein Freiraumkonto 	<ul style="list-style-type: none"> – 7 Punkte für die Zukunft der Bildung 	

<ul style="list-style-type: none"> – Jährliche Zuschüsse für Geringverdiener 	<ul style="list-style-type: none"> – Im Bereich Weiterbildung mehr Transparenz über bestehenden Möglichkeiten und einzelne Angebote 	
<p>Bildungs(teil)zeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Nach österreichischem Vorbild – Finanzielle Unterstützung für arbeitsmarktbezogene Weiterbildung – Nachholen eines Berufsabschlusses und Neuorientierung wird möglich 	<ul style="list-style-type: none"> – Einheitliche und verbindliche Zertifizierung der Weiterbildung schaffen. → 7 Punkte für die Zukunft der Bildung 	
<p>Rolle der BA:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Stärkere Rolle bei der Qualifizierung und Beratung – Stärkere Vernetzung mit regionalen Akteuren durch Weiterbildungsverbände und Weiterbildungsagenturen – Unterstützung der Unternehmen im Strukturwandel durch ein ans Kurzarbeitergeld angelehntes Qualifizierungsgeld – Ausweitung des Transfer-Kurzarbeitergeldes 		


– **Arbeitszeit und Arbeitsort**

<p>Flexible Arbeitszeitgestaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Festhalten am 8-Stunden-Tag im Arbeitszeitgesetz – Möglichkeiten zur Abweichung hinsichtlich flexibler Arbeitszeiten und Tageshöchstleistungszeiten – Enge Abstimmung mit Sozialpartnern, Gewerkschaften, Arbeitsgebern 	<ul style="list-style-type: none"> – Möglichkeit der Abweichung von Tageshöchstleistungszeit zu begrüßen, dennoch weitere Flexibilisierung notwendig – 8-Stunden Tag nicht mehr zeitgemäß → Impulspapier Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik 	
<p>Home-Office:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Rechtliche Abgrenzung von Home-Office zu Telearbeit und dem Geltungsbereich der Arbeitsstättenverordnung – Widerspruch zum Home-Office Wunsch nur durch betriebliche Belange, nicht sachfremd oder willkürlich – Stärkung des ländlichen Raumes durch Coworking-Spaces 	<ul style="list-style-type: none"> – Klärung der rechtlichen Definition zwischen Home-Office und Telearbeit war längst überfällig – Entscheidung über die Möglichkeit zum Home-Office muss in unternehmerischer Hand bleiben und auf doppelter Freiwilligkeit beruhen → Positionspapier zum flexiblen Arbeiten 	



– **Selbstständige**

<p>Statusfeststellungsverfahren:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Beschleunigung des Verfahrens durch Dialog mit Selbstständigen und Verbänden – Ziel: Unbürokratische Rechtssicherheit schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> – Eindeutige Abgrenzungskriterien zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Beschäftigung definieren – BVMW spricht sich schon lange dafür aus, das Verfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen und zudem: – Kultur der Selbstständigkeit fördern – Wirtschaftsvertreter und Selbstständige miteinbeziehen → Positionspapier Rechtssicherheit bei Selbstständigkeit 	
<p>Sicherheiten für Soloselbstständige:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Unbefristete Fortführung der Corona-Neustarthilfen im Rahmen der Überbrückungshilfen III+ – Vorsorge für steuerfinanzierte Wirtschaftshilfen im Falle von nicht selbst verantworteten Erwerbsausfällen – Sicherstellung der Künstlersozialkasse 	<ul style="list-style-type: none"> – Der BVMW begrüßt alle Unterstützungsmaßnahmen für Soloselbstständige, um die Corona Krise zu überwinden und vom wirtschaftlichen Aufschwung zu profitieren 	


– **Mindestlohn**

<p>Erhöhung des Mindestlohns:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einmalige Anpassung auf 12 Euro/Stunde – Weitere Erhöhungsschritte obliegen der unabhängigen Mindestlohnkommission 	<ul style="list-style-type: none"> – Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro wirtschaftlich nicht sinnvoll, da Lohnkosten steigen und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit dt. Unternehmen konkurrenzlos wird → Positionspapier Flexibilisierungsinstrumente 	
--	---	---


– Mini- und Midijobs

<p>Erhöhung der Midi-Job Grenze:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Erhöhung auf 1600 Euro – Abbau der Hürden, die eine Aufnahme versicherungspflichtiger Beschäftigung erschweren 	<ul style="list-style-type: none"> – Erhöhung der Midi-Job Obergrenze zu begrüßen 	
<p>Erhöhung der Mini-Job Grenze:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Orientierung an einer Wochenarbeitszeit von 10 Stunden zu Mindestlohnbedingungen – Mit der Erhöhung des Mindestlohns erhöht sich die Mini-Job Grenze auf 520 Euro – Stärkere Kontrolle zur Einhaltung des Arbeitsrechts bei Mini-Jobs 	<ul style="list-style-type: none"> – Erhöhung der Mini-Job- Obergrenze richtig, aber nicht weit genug, sollte zunächst auf 550 erhöht werden – Dynamisierung der Verdienstobergrenze an die Entwicklung des Mindestlohns notwendig – BVMW fordert eine Faktorisierung der Verdienstobergrenze im Minijob, welche eine monatliche Höchstarbeitszeit von 50 Stunden festlegt. Somit ergibt sich eine monatliche Verdienstobergrenze im Minijob aus der Multiplikation des jeweils geltenden Mindestlohns mit dem Faktor 50 <p>→ Positionspapier Anhebung und Dynamisierung der Minijobobergrenze</p>	


– **Befristungen**

<p>Reduzierung von Befristungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> II. Abschaffung, der nur im öffentlichen Dienst bestehenden Möglichkeit zur Haushaltsbefristung III. Reduzierung der sachgrundlosen Befristung beim Bund als Arbeitgeber IV. Begrenzung der mit Sachgrund befristeten Arbeitsverträge beim selben Arbeitgeber auf sechs Jahre – begrenzte Ausnahmen möglich 	<ul style="list-style-type: none"> – Weitere Einschränkungen in diesem Gesetz schwächen ebenfalls die Flexibilität und somit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen – Die Reduzierung beziehungsweise die Abschaffung der „Sachgrundlosen Befristung“ lehnt der BVMW, gerade auch in der Kombination mit einem Rechenmodell nach Beschäftigungsgröße und prozentualer Befristungszahlen, auch unter Berücksichtigung erhöhter Bürokratie und rechtlicher Unsicherheit, ab → Positionspapier Flexibilität im Mittelstand 	
---	---	---


– **Tarifautonomie**

<p>Tarifautonomie, Tarifpartner, Tarifbindung stärken:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. Für Faire Löhne und Lohnangleichung zwischen Ost und West 2. Stärkung der Tarifbindung durch Bindung der öffentlichen Auftragslage des Bundes an repräsentative Tarifverträge der jeweiligen Branche 	<ul style="list-style-type: none"> – Zu begrüßen, auch wenn gilt Betriebsautonomie vor Tarifautonomie 	
--	--	---


– **Mitbestimmung**

<p>Weiterentwicklung des betrieblichen Mitbestimmungsrechts:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Betriebsräten die Entscheidung zur analogen oder digitalen Arbeitsweise überlassen – Online-Betriebsratswahlen in einem Pilotprojekt testen – Schaffung eines zeitgemäßen Rechts auf digitalen Zugang der Gewerkschaften in die Betriebe – Evaluierung des Betriebsrätemodernisierungsgesetzes 	<ul style="list-style-type: none"> – Mitbestimmungserfordernis bei der Digitalisierung klären – Erhöhte Kosten durch die Hinzuziehung eines Sachverständigen vermeiden – Betriebsratswahl weiterhin digital ermöglichen → Forderungen zum Betriebsrätemodernisierungsgesetz 	
---	--	---

– **Digitale Plattform**






<p>Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Konstruktive Begleitung der EU-Initiative – Überprüfung von bestehendem Recht und Verbesserung der Datengrundlagen – KI in der Arbeitswelt wird durch einen menschenzentrierten Ansatz, soziale und wirtschaftliche Innovationen und Gemeinwohlorientierung gestaltet 	<ul style="list-style-type: none"> – Neue Formen der Arbeit sind zu begrüßen, jedoch sollte die Politik hier schnellstmöglich rechtssichere Rahmenbedingungen schaffen, um das Potential und die Vorteile dieser Arbeitsformen für den Standort Deutschland optimal nutzen zu können → Forderungen zur Flexibilität im Mittelstand 	
--	---	---

– **Arbeits- und Gesundheitsschutz**


<p>Erhaltung und Anpassung des hohen Arbeits- und Gesundheitsschutzes:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Psychische Gesundheit stärker betrachten und Erarbeitung eines Mobbing-Reports – Unterstützung von <u>KMU</u> bei der Prävention und Umsetzung des Arbeitsschutzes – Stärkung des betrieblichen Eingliederungsmanagements 	<ul style="list-style-type: none"> – Gesundheit der Mitarbeiter als langfristiger Wettbewerbsfaktor – Fallen viele Mitarbeiter krankheitsbedingt aus, kann dies erhebliche Folgen für die Funktionsfähigkeit von KMUs haben – BEM wichtig – auch aus Employer Branding Sicht 	
---	---	---

2) Sozialstaat, Altersvorsorge, Grundsicherung


– **Altersvorsorge**

<p>Stärkung der gesetzlichen Rente:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Keine Rentenkürzungen – Keine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters – Dauerhafte Sicherung des Mindestrentenniveaus von 48% – Beitragssatz steigt in dieser Legislatur nicht über 20% 	<ul style="list-style-type: none"> – Sicherung des Beitragssatzes zu begrüßen – Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 68 muss unbedingt geprüft werden – Langfristig eine der Stellschrauben, um Umlagesystem aufrechtzuerhalten 	
<p>Teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Dauerhafter, globaler Anlage-Fonds mit unabhängiger öffentlich-rechtlicher Stelle zur Verwaltung – Dafür 10 Milliarden Kapitalstock aus Haushaltsmitteln für die Deutsche Rentenversicherung im Jahr 2022 – Reserven der Deutschen Rentenversicherung können ebenso reguliert angelegt werden 	<ul style="list-style-type: none"> – Der Vorschlag, vom Umlagesystem auf eine Mischform – Umlagesystem plus Kapitaldeckung – umzusteigen, klingt zunächst gut, jedoch wird es einen sehr langen Zeitraum in Anspruch nehmen, was dazu führt, dass es in der Übergangszeit zu Doppelzahlungen kommen kann 	
<p>Stärkung der Umlagefinanzierten Rente:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern – Stärkung der erwerbsbezogenen und qualifizierten Einwanderung 	<ul style="list-style-type: none"> – Begrüßt der BVMW vollumfänglich → Impulspapier Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik 	
<p>Reaktivierung des Nachholfaktors:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Reaktivierung vor den Rentenanpassungen ab 2022 – Sicherstellung der gleichen Entwicklung von Renten und Löhnen – Förderung der Generationengerechtigkeit und der Stabilität der Beiträge in dieser Legislatur 	<ul style="list-style-type: none"> – Die Wiedereinsetzung des Nachholfaktors in der Rentenberechnung ist unverzichtbar, um die Arbeitnehmer nicht noch weiter zu belasten und einen endgültigen Kollaps des Finanzierungssystems abzuwenden 	
<p>Stärkung der Betrieblichen Altersvorsorge:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Erlaubnis von Anlagemöglichkeiten mit höheren Renditen – Umsetzung des Sozialpartnermodells des Betriebsrentenstärkungsgesetzes der vorletzten Legislaturperiode 	<ul style="list-style-type: none"> – BAV kann vielfältige Vorteile bieten, wenn man sie als betriebswirtschaftliches Steuerungsinstrument betrachtet – Mehrwerte für Unternehmer und Angestellten werden auch bei der Neugewinnung von Mitarbeitern erzeugt 	


– **Renteneintritt**

<p>Flexi-Rente verbreiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Längeren Verbleib im Arbeitsleben verwirklichen – Flexibler Renteneintritt nach skandinavischem Vorbild und Berücksichtigung besonders belasteter Berufsgruppen – Regelung zum Hinzuverdienst bei vorzeitigem Rentenbezug entfristen 	<ul style="list-style-type: none"> – Begrüßt der BVMW vollumfänglich – Wichtige Stellschraube, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen 	
--	---	---


– **Absicherung für Selbstständige**

<p>Entlastung von Selbstständigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einführung einer Pflicht zur Altersvorsorge mit Wahlfreiheit für alle neuen Selbstständigen, die keinem obligatorischen Alterssicherungssystem unterliegen – Möglichkeit eines unbürokratischen Opt-Outs für ein privates Vorsorgeprodukt – Nur noch strikt einkommensbezogene Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung oberhalb der Minijobgrenze 	<ul style="list-style-type: none"> – Absicherungspflicht für Altersvorsorge, die ein Rentenniveau knapp oberhalb der Grundsicherung garantiert – Maximale Wahlfreiheit in der Art und Wahl der Altersvorsorge muss weiterhin garantiert werden – Wirtschaftliche Schwächephasen wie z.B. die Existenzgründungsphase berücksichtigen → Forderungen des Mittelstandes zur Altersvorsorge für Selbstständige 	
---	--	---

– **Bürgergeld**




<p>Nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Beratung auf Augenhöhe – Kompetenzfeststellungsverfahren zur Ermittlung jeglicher Stärken und Entwicklungsbedarfe, auch Zertifizierung von Soft Skills – Eingliederungsvereinbarung wird durch Teilhabevereinbarung ersetzt, mit sechs Monaten Vertrauenszeit und einem unabhängigen Schlichtungsmechanismus 	<ul style="list-style-type: none"> – BVMW begrüßt jegliche Maßnahmen, um vorhandenes Beschäftigungspotential auszuschöpfen und dem Arbeitsmarkt dauerhaft zur Verfügung zu stellen – Bedarfsgerechte Qualifizierung und entsprechender Einsatz dabei ausschlaggebend 	
---	--	---

– **Inklusion**


<p>Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einführung einer 4. Stufe von Ausgleichsabgaben für Unternehmen, die trotz Beschäftigungspflicht keinen Menschen mit Behinderung einstellen – Werkstätten stärker auf die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt ausrichten – Stärkung von Inklusionsunternehmen, auch durch formale Privilegierung im Umsatzsteuergesetz 	<ul style="list-style-type: none"> – Integration von Menschen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung in das Berufsleben erstrebenswert, dennoch sind nur wenige Betroffene, aufgrund ihrer Erkrankung fähig einer normalen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Hier darf es keine gesetzlichen Quoten geben, da individuelle Voraussetzungen sehr unterschiedlich sind 	
--	--	---

3) Pflege und Gesundheit



– **Pflege**

<p>Anpassung der sozialen Pflegeversicherung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Moderate Anhebung des Beitrages zur sozialen Pflegeversicherung – Prüfung der Erweiterung der Sozialen Pflegeversicherung um eine freiwillige, paritätisch finanzierte Vollversicherung und Vergleichbare Möglichkeit für private Pflegeversicherung – Begrenzung der Eigenanteile in der stationären Pflege und ggf. weitere Absenkung 	<ul style="list-style-type: none"> – Deckelung der Eigenanteile zu begrüßen – Der BVMW fordert die Erhöhung des Entlastungsbetrages innerhalb der Pflegeversicherung und die Ermöglichung des Einsatzes von Ehrenamtlichen beziehungsweise geringfügig Beschäftigten in diesem Bereich <p>→ Positionspapier Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland</p>	
<p>Verbesserungen für den Pflegeberuf:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Arbeitsbedingungen und Löhne verbessern – Gehaltslücke zwischen Kranken- und Altenpflege schließen – Pflegeberuf attraktiver machen durch Steuerbefreiung von Zuschlägen, Abschaffung geteilter Dienste, Einführung tragereigener Springerpools, Anspruch auf familienfreundliche Arbeitszeiten für Menschen mit Betreuungspflichtigen Kindern 	<ul style="list-style-type: none"> – Insbesondere der Ansatz der gleichen Vergütung in der Pflege ist positiv zu bewerten – Anreize, um Pflegeberuf attraktiver zu machen zu begrüßen <p>→ Positionspapier Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland</p>	
<p>Ausländische Fachkräfte:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vereinfachung und Beschleunigung der notwendigen Gewinnung ausländischer Fachkräfte 	<ul style="list-style-type: none"> – Fachkräftegewinnung aus dem Ausland muss schnell und bürokratiearm erfolgen <p>→ Positionspapier Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland</p>	



– **Aus- und Weiterbildung in Gesundheit und Pflege**

<p>Anpassungen in Aus- und Weiterbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mittel für Weiterbildungen werden nur noch an Kliniken anteilig ausbezahlt, die weiterbilden – Fortentwicklung für Ärzte, um medikamentöse Schwangerschaftsabbrüche leichter verfügbar zu machen – Stärkere Vermittlung von Digitalisierung, Ambulantisierung, Spezialisierung, Individualisierung in Aus- und Weiterbildung – Pflegeausbildung in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Rehabilitation ermöglichen 	<ul style="list-style-type: none"> – Kompetenzerweiterung in der Ausbildung, insbesondere im Kontext der Digitalisierung → Positionspapier Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland 	
---	--	---


Digitalisierung im Gesundheitswesen

<p>Digitalisierungsstrategie:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Fokus auf Versorgungsprobleme und die Perspektive der Nutzer – Einsatz in der Pflege zur Digitalisierung der Dokumentation, Förderung sozialer Teilhabe, therapeutische Anwendungen – Ermöglichung telemedizinischer Leistungen, Videosprechstunden, Telekonsile, Telemonitoring, telenotärztliche Versorgung 	<ul style="list-style-type: none"> – Ausbau Telematikinfrastruktur fokussieren 	
<p>Digitalisierung für Patienten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Beschleunigte Einführung der elektronischen Patientenakte und zur Verfügungstellung für alle Versicherten, freiwillige Nutzung (Opt-Out) – Einführung des E-Rezeptes und Anschluss sämtlicher Akteure an die Telematikinfrastruktur – Bürokratieabbaupaket 	<ul style="list-style-type: none"> – Wechsel zum Opt-Out Modell bei der elektronischen Gesundheitskarte zu begrüßen → Forderungen des Beirat Gesundheit 	


– **Ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung**

<p>Förderung des Gesundheitssystem:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Förderung der Ambulantisierung durch sektorengleiche Vergütung – Ausbau von Gesundheitszentren mit Stärkung des ländlichen Raumes – Sicherstellung der Notfallversorgung in enger Zusammenarbeit mit den Kassenärztlichen Vereinigungen – Sicherstellung der Arzneimittelversorgung 	<ul style="list-style-type: none"> – Sektoren müssen aufgebrochen werden – Gleiche Vergütung sehr zu begrüßen – Sektorenübergreifende Zusammenarbeit intensivieren <p>→ Forderungen des Beirat Gesundheit</p>	
<p>Psychische Erkrankungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bundesweite Aufklärungskampagne zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen – Reduktion von Wartezeiten auf eine Behandlung und Ausbau der Kapazitäten – Ausbau der psychiatrischen Notfall- und Krisenversorgung 	<ul style="list-style-type: none"> – Prävention & Aufklärung von psychischen Erkrankungen notwendig – Krankentage bei psychischen Krankheitsbildern im Vergleich 3x mal so lange 	

– **Krankenhausplanung und -finanzierung**

<p>Bund-Länder Pakt zur Reformierung der Krankenhausversorgung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einrichtung einer Regierungskommission mit den Aufgaben: – Empfehlungen zur Reformierung, Erarbeitung Krankenhausplanung, Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung – Kurzfristige Finanzierung für die Pädiatrie, Notfallversorgung, Geburtshilfe 	<ul style="list-style-type: none"> – Reformierung dringend notwendig – Ländern müssen mehr Kompetenzen in der Gesundheitsversorgung zugesprochen werden – Regelwerk sollte bundeseinheitlich sein, aber gleichzeitig die regionalen Besonderheiten berücksichtigen <p>→ Forderungen des Beirat Gesundheit</p>	
--	---	---


– **Rechte von Patientinnen und Patienten**

<p>Stärkung und Ausweitung der Rechte:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Überführung der Unabhängigen Patientenberatung in eine dauerhafte, staatsferne, unabhängige Struktur mit Beteiligung der Patientenorganisationen – Stärkung der Selbstverwaltung durch Reform des Gemeinsamen Bundesausschusses – Verstetigung des Innovationsfonds und Überführung erfolgreich geförderter Projekte in die Regelversorgung 	<ul style="list-style-type: none"> – Idee der Patientenbeteiligung zu begrüßen, Erfahrungen der G-BA haben gezeigt, dass Patienten wichtige Entscheidungskollektiv sind <p>→ Forderungen des Beirat Gesundheit</p>	
---	--	---



Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang


1) Bildung und Chancen für alle

– **Frühkindliche Bildung:**


Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Qualitätsentwicklungsgesetz:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Das Gute-Kita-Gesetz in ein Qualitätsentwicklungsgesetz überführen – Das neue Gesetz soll gemeinsam mit den Ländern entwickelt werden und bundesweite Standards haben – Im Fokus stehen dabei die Verbesserung der Betreuungsrelation, Sprachförderung und ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot 	<ul style="list-style-type: none"> – "kurze Beine, kurze Wege" – Sollte nicht an Infrastrukturen oder fehlenden Ausbildungskräften scheitern Bildung überall und für alle anzubieten <p>→ 7 Punkte Plan Zukunft der Bildung</p>	

– **Ganztag:**

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Ganztagsangebote:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausbau der Ganztagsangebote, besonders in ihrer Qualität – Umsetzung eines Rechtsanspruchs mit Ländern und Kommunen – Unter Berücksichtigung der Länder-Besonderheiten einen Qualitätsrahmen entwickeln – Basis- und Bonustopf zusammenfassen, sowie Fristverlängerung beim Beschleunigungstopf 	<ul style="list-style-type: none"> – "kurze Beine, kurze Wege" – Sollte nicht an Infrastrukturen oder fehlenden Ausbildungskräften scheitern Bildung überall und für alle anzubieten <p>→ 7 Punkte Plan Zukunft der Bildung</p>	
<p>Ausbau der Kita-Plätze:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Investitionsprogramm für den Ausbau von Kita-Plätzen – Kindertagespflege als Angebot der Kindertagesbetreuung weiterentwickeln – „Sprach-Kitas“ fördern – Einsatz digitaler Medien und Förderung von Medienkompetenz 		

<p>Gemeinsamer Einsatz von Fachkräften</p> <ul style="list-style-type: none"> – Schulische und außerschulische Programme, unter Einbeziehung von Fachkräften fördern 	<ul style="list-style-type: none"> – Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen muss von den Ländern gefördert und intensiviert werden – Schule muss wieder mehr mit dem realen Leben nach der Schule zu tun haben – Fordern mehr Praxis- und Wirtschaftsthemen in der Schule – Regelmäßige Kontakte der Schulen zur örtlichen Wirtschaft durch verbindliche Kooperationen <p>→ 7 Punkte Plan Zukunft der Bildung</p>	
--	---	---



– Startchancen-Programm

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Startchancen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Eigenständiges Programm – Soll die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, unabhängig der sozialen Lage der Eltern fördern – 4.000 allgemein- und berufsbildende Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter SchülerInnen soll gefördert werden – Ausstattung mit Investitionsprogramm für moderne, klimagerechte, barrierefreie Schulen und einem Kreativlabor – Chancenbudget zur freien Verfügung – Unterstützung mit Schul-SozialarbeiterInnen 	<ul style="list-style-type: none"> – Kinder und Erwachsene, dürfen nicht aufgrund ihrer sozialen oder regionalen Herkunft oder eines Migrationshintergrundes von Bildung ausgeschlossen oder beim Erwerb von Bildung benachteiligt werden – Fordern, dass Menschen ungeachtet ihrer Hintergründe durch ausreichendes und geschultes Personal gefördert werden – Entsprechende staatliche Rahmenbedingungen – Vielfältige und differenzierte Bildungswege sowohl vor als auch nach dem Berufseinstieg <p>→ 7 Punkte Plan Zukunft der Bildung</p>	


– Digitalpakt Schule

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Mittelabruf beschleunigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Beschleunigung und Entbürokratisierung des Mittelabrufs beim Digitalpakt Schule – Im ersten Halbjahr 2022 sollen Bund, Länder und Kommunen kurzfristige Lösungen und vereinbarte Umsetzungsschritte finden – Schaffung von Service-, Beratungs- und Vernetzungsangeboten 	<ul style="list-style-type: none"> – Alle Bildungsträger gefordert, Lernende jeder Altersgruppe und aller Bildungswege fundiert und qualifiziert auf fundamentale Veränderung unserer Gesellschaft vorzubereiten und zu einer Kultur der umfassenden „digitalen Aufklärung“ beizutragen 	
<p>Digitalpakt 2.0:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Erschaffung des Digitalpakts 2.0 mit einer Laufzeit bis 2030 – In Absprache mit den Ländern – Verbesserter Mittelabfluss – Gemeinsam analysierten Bedarfe sollen gedeckt werden – Beinhaltet nachhaltige Neuanschaffung von Hardware, Austausch veralteter Technik sowie die Gerätewartung und Administration 	<ul style="list-style-type: none"> – Politik muss die notwendigen Rahmenbedingungen, Infrastruktur und Ressourcen bereitstellen – Fordern ein umfassendes Paket des Bundes, welches über den DigitalpaktSchule hinausgeht und langfristig Unterstützung bietet aber vor allem schnelles Handeln, um dies sicherzustellen. 	
<p>Weitere Förderungen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Digitale Lernmittelfreiheit für bedürftige SchülerInnen wird weiter gefördert – Einrichtung, Betrieb und Vernetzung von Kompetenzzentren für digitales und digital gestütztes Unterrichten – Programmstrukturen und Plattformen für Open Educational Resources (OER) unterstützen 	<ul style="list-style-type: none"> – Digitalisierung muss in allen Bereichen der Bildung vorangebracht werden <p>→ 7 Punkte Plan Zukunft der Bildung</p>	

– Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer


Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Koordinierungsstelle Lehrkräftefortbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vernetzung von Fort- und Weiterbildungsangeboten in gemeinsamen Koordinierungsstellen – Qualitätsoffensive Lehrerbildung wird weiterentwickelt mit dem Schwerpunkt auf der digitalen Bildung – Qualitätsentwicklung des Seiten- und Quereinstiegs 	<ul style="list-style-type: none"> – Mehr Respekt, Anerkennung und Wertschätzung gegenüber der Leistung von Lehrenden – Dazu gehören neben LehrerInnen und ErzieherInnen auch TrainerInnen und DozentInnen – Mehr in eine quantitativ ausreichende und nachhaltige Ausbildung von Lehrenden investieren – Praktische Erfahrung der Lehrenden darf nicht zu kurz kommen – Weiterbildungen und praktische Trainings für Lehrende regelmäßig anbieten ohne dass sich Individuen um die Finanzierung sorgen müssen <p>→ 7 Punkte Plan Zukunft der Bildung</p>	
<p>Qualifikationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausländische Qualifikationen sollen schneller und vereinfacht anerkannt werden – Auslandserfahrung von Lehramtsstudierenden und Lehrkräften sollen unterstützt und stärker berücksichtigt werden 		

– Erwachsenenbildung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Nationale Weiterbildungsstrategie:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Nationale Weiterbildungsstrategie mit dem Fokus auf allgemeine Weiterbildung fortsetzen 	<ul style="list-style-type: none"> – Siehe Punkte zu Weiterbildung 	


Freiheit- und Sicherheit, Gleichstellung und Vielfalt in der modernen Demokratie


– **Soziales Europa**

<p>Verringerung der Lohnungleichheit durch Lohntransparenz:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zwischen Frauen und Männern – Unterstützung der EU-Richtlinie für Lohntransparenz – Umsetzung dieser muss möglichst die Situation vieler Frauen erfassen, bürokratiearm sein und mittelstandskonform, sowie ein nach Betriebsgröße und Leistung gestaffeltes Berichtssystem enthalten – Für Deutschland: keine Einführung eines Verbandsklagerechts 	<ul style="list-style-type: none"> – Gender-Pay-Gap zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten muss weiter angepasst werden. Der erste Schritt dazu ist Transparenz in der Vergütung zu schaffen 	
---	---	---


2) Integration, Migration, Flucht

– **Integration**

<p>Integrationskurse von Anfang an:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Verbesserung der Angebote und Bedingungen für Kursträger, Lehrende und Teilnehmende – Schneller Zugang zu Bildung für Kinder und Jugendliche durch schulnahe Angebote zeitnah der Ankunft 	<ul style="list-style-type: none"> – Integration als elementares Ziel der Fachkräfteeinwanderung – Abwanderung/ Rückkehr ins Heimatland, bspw. nach absolvierter Ausbildung muss verhindert werden – Erschlossenes Fachkräftepotential muss im Inland gehalten werden, um den Fachkräftemangel langfristig zu überbrücken 	
---	--	---


<p>Schnelle und zeitnahe Arbeitsmarkintegration:</p> <ul style="list-style-type: none">– Stärkere Förderung und Verstetigung der Mittel der Berufssprachkurse	<ul style="list-style-type: none">– Ermöglichen des Nachholens von Sprachkenntnissen auch im Inland– Für Unternehmen ist schneller Einsatz der ausländischen Fachkräfte ausschlaggebend– Sprachkenntnisse können parallel zur Beschäftigung erlernt/verbessert werden	
--	---	---


Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Finanzen

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<p>Zukunftsinvestitionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mehr privates Kapital für Transformationsprojekte – Risikoabsicherung durch öffentliche Förderbanken – Förderinstrumentarium bedarfsgerecht und nach Maßgabe der Zielgenauigkeit und Fördereffizienz skalieren und ausweiten – KfW als Innovations- und Investitionsagentur – Staatliche Gesellschaften stärken und Finanzierungsmöglichkeiten verbessern – Stärkung der parlamentarischen, öffentlichen und exekutiven Kontrolle 	<ul style="list-style-type: none"> – Eigenfinanzierung von Unternehmen durch geeignete Anreizsysteme fördern und Kollisionen mit anderen Steuerregelungen vermeiden → Impulspapier Steuern und Finanzen – bessere Koordination der Mittelstandsförderung unter den Bundesländern sowie ein einheitliches bundesweites Fördernetzwerk → Positionspapier Steuern und Finanzen 	


<p>Haushaltspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> – Tilgungspläne der Jahre 2020, 2021 und 2022 in einen Gesamttilgungsplan zusammenfassen – Gewährleistung einer kohärenten und dauerhaften Schuldentilgung – Tilgung soll an den Tilgungsfristen der EU-Coronahilfen angepasst werden – Sondervermögen – Energie- und Klimafonds zu einem Klima- und Transformationsfonds weiterentwickeln – Fortführung der Nachhaltigkeitsberichterstattung für die Sozialversicherungen – Konjunkturbereinigungsverfahren evaluieren und ggf. anpassen, ohne die Schuldenbremse zu ändern – Alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen und neue Priorisierung – Ausgabenkürzungen – Ziel- und wirkungsorientierte Haushaltsführung – Vermögenserfassung des Bundes einführen 	<ul style="list-style-type: none"> – Einrichtung eines Transformationsfonds, der Unternehmen im Bereich der Dekarbonisierung und Digitalisierung sowie der Qualifizierung ihrer Beschäftigten unterstützt der BVMW – Einrichtung eines staatlichen Eigenkapitalfonds in angemessener Höhe – Die öffentlichen Investitionen – circa 50 Milliarden Euro im Bundeshaushalt, mit dem Schwerpunkt Infrastrukturen – müssen ausgebaut und der rechtliche Rahmen so angepasst werden, dass private Investitionen schneller und gezielter vorangetrieben werden. – Notwendige finanzielle Maßnahmen zur Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme müssen vorrangig steuerfinanziert werden – Die Rückzahlungsverpflichtung für die während der Corona-Krise aufgenommenen Kredite des Bundes ab 2023 sollte zeitlich befristet aufgehoben werden. Damit entstehen neue Spielräume für den Bundeshaushalt. → Post-Corona-Agenda 	
---	---	---

<p>Steuern</p> <ul style="list-style-type: none"> – Steuersystem für Menschen und Unternehmen einfacher gestalten – Digitalisierung und Entbürokratisierung der Steuerverwaltung – Superabschreibungen für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit dem Zweck des Klimaschutzes oder Digitalisierung in den Jahren 2022 und 2023 – Erweiterte Verlustrechnung bis Ende 2023 verlängern und Verlustrücktrag auf zwei unmittelbar vorangegangene Veranlagungszeiträume ausweiten – Optionsmodell und Thesaurierungsbesteuerung evaluieren – Ausbildungsfreibetrag von 924 auf 1200€ erhöhen – Umsetzung des Urteils des Bundesfinanzhofs zum Alterseinkünftegesetz – Vollabzug der Rentenversicherungsbeiträge als Sonderausgaben ab 2023 – Vollbesteuerung der Rente erst ab 2060 – Sparerpauschbetrag wird zum 01.01.2023 auf 1000€ bzw. 2000€ bei Zusammenveranlagung erhöht – Flexiblere Gestaltung der Grunderwerbsteuer für die Länder – Gemeinsam mit den europäischen Staaten die Einfuhrumsatzsteuer weiterentwickeln – Gesetzlich klarstellen, dass sich gemeinnützige Organisationen politische betätigen können, ohne die Gemeinnützigkeit zu gefährden 	<ul style="list-style-type: none"> – Verlustrückträge für die drei zurückliegenden Jahre ab der Veranlagung für das Jahr 2020 unbegrenzt ermöglichen und Ermöglichung von Sofortabschreibungen – Wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern → Post-Corona-Agenda – Steuerliche Abzugsfähigkeit von Eigenkapitalkosten ermöglichen – Abschaffung der systemwidrigen Beschränkung des interpersonellen und intertemporalen Verlustausgleiches und Ermöglichung der Übertragung von Unternehmensverlusten im Erbfall sowie die Ermöglichung der rückwirkende Verlustrechnung – Einseitige Besteuerung von Gewinnen im Wegzugsfall auch auf Verluste ausweiten und Beschränkung des Verlustuntergangs bei Unternehmensverkäufen auf konkrete Missbrauchsfälle – Nicht nur Personenhandels- und Partnergesellschaften, sondern auch Einzelunternehmen und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts in den Anwendungsbereich aufnehmen – Keine Abschreckung von kleinen und mittleren Unternehmen durch überbordenden Föderalismus – Weiterentwicklung der Thesaurierungsbegünstigung für diejenigen Unternehmen, die vom Optionsmodell nicht profitieren → Impulspapier Steuern und Finanzen 	
<ul style="list-style-type: none"> – Abbau von Hürden für Sachspenden an gemeinnützige Organisationen durch eine rechtssichere, bürokratiearme und einfache Regelung beseitigt 	<ul style="list-style-type: none"> – Sachspenden an gemeinnützige Organisationen durch Unternehmen sollten gesetzlich als nicht steuerbare Leistung definiert werden – Diese Maßnahme würde die bisherige „Doppelbelastung“ der durch Sachspenden sozial engagierten Unternehmen beseitigen und die Spendenbereitschaft stärken sowie der Schizophrenie einer günstigeren Vernichtung entgegenwirken → Positionspapier Steuern und Finanzen 	

<ul style="list-style-type: none"> – Steuerliche Regelungen des Homeoffice für Arbeitnehmer bis zum 31.12.2022 verlängern 	<ul style="list-style-type: none"> – Beibehaltung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte – Anhebung der steuerlich anerkannten Pauschale – Sozialversicherungsfreiheit bei geldwerten Leistungen des Arbeitgebers für das Homeoffice des Arbeitnehmers – Steuerliche Rahmenbedingungen für Kinderbetreuungskosten verbessern – Zweite Corona-Sonderprämie ermöglichen → Positionspapier steuerliche Erleichterungen für das Homeoffice 	
--	--	---

<p>Bekämpfung Steuerhinterziehung und Steuergestaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Steuerhinterziehung und aggressive Steuergestaltungen verfolgen und unterbinden – Mitteilungspflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen auch auf nationale Steuergestaltungen von Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 10 Millionen Euro ausweiten – Bundesweit einheitliches elektronisches Meldesystem zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug – Endgültiges Mehrwertsteuersystem auf EU-Ebene – Missbräuchliche Dividendenarbitragegeschäfte unterbinden – Aktiv für die Einführung der globalen Mindestbesteuerung einsetzen – Aus Deutschland abfließende Einkommen sollen angemessen besteuert werden – Steueroasen-Liste der EU soll ständig aktualisiert werden – OECD-Regeln gegen Umgehungsgestaltungen umsetzen – Ausweitung des Informationsaustausches 	<ul style="list-style-type: none"> – Umsetzung der internationalen Vereinbarung über Mindeststeuersätze → Post-Corona-Agenda – Stärkeres gemeinsames Vorgehen der EU-Mitgliedsstaaten gegen eine einseitige Bevorteilung von Großunternehmen und Gewährleistung einer fairen Verteilung der Steuerzahllast über alle Größenklassen hinweg – Sicherstellung, dass die Maßnahmen zielgenau auf diejenigen Unternehmen zugeschnitten sind, die aggressive Steuervermeidung aktiv betreiben → Impulspapier Steuern und Finanzen 	
--	--	---

<p>Bankenunion und Finanzmarktregulierungen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bankenunion soll vollendet werden – Drei-Säulen-Modell sowie die deutsche Bankenlandschaft sollen erhalten bleiben – Europäische Rückversicherung für nationale Einlagensicherungssysteme schaffen – Ermöglichen, dass Kapital und Liquidität innerhalb von EU-Bankengruppen flexibler eingesetzt werden können – Kapitalmarktunion vertiefen – Barrieren für grenzüberschreitende Kapitalmarktgeschäfte in der EU abbauen – Zugang von KMU zum Kapitalmarkt erleichtern 	<ul style="list-style-type: none"> – Leichter Zugang zu verfügbarem Kapital ermöglichen – Innovative Ideen nicht durch zu hohe Hürden verlieren – Gründungskultur durch attraktive Finanzierungsmodelle fördern und somit die Basis für erfolgreiches Unternehmertum legen <p>→ 12 Punkte Plan der Mittelstandsallianz</p>	
<ul style="list-style-type: none"> – Unterschiede im Insolvenz-, Steuer-, Verbraucherschutz-, Aufsichts-, und Gesellschaftsrecht abbauen 	<ul style="list-style-type: none"> – Klarheit über Insolvenzantragspflichten und insolvenzrechtliche Planungssicherheit schaffen <p>→ Post-Corona-Agenda</p> <ul style="list-style-type: none"> – Anfechtungsrecht zu Gunsten der Planungs- und Rechtssicherheit zu entschärfen – Transaktionen des gewöhnlichen operativen Geschäftsverkehrs sollten gänzlich ausgenommen oder durch Freigrenzen abgesichert werden <p>→ Positionspapier Steuern und Finanzen</p>	
<p>Wagniskapitalfinanzierung, Finanzmarkt Deutschland</p> <ul style="list-style-type: none"> – Deutschland soll führender Start-Up-Standort in Europa werden – Zukunftsfonds öffnet den Wagniskapitalmarkt auch für institutionelle Investoren und die Finanzierungslandschaft über eine flexible Modulausgestaltung ergänzen – Börsengänge und Kapitalerhöhungen sowie Aktien mit unterschiedlichen Stimmrechten für Wachstumsunternehmen und KMUs erleichtern – Basel III/IV mit allen zentralen Elementen umsetzen 	<ul style="list-style-type: none"> – Neben der klassischen Finanzierung in Form von Krediten muss die Finanzierung von jungen Unternehmen und innovativen Mittelständlern durch Alternativen wie das Wagniskapitalgesetz erleichtert werden <p>→ Positionspapier Steuern und Finanzen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Wagniskapitalgesetz auf den Weg bringen <p>→ 12 Punkte Plan der Mittelstandsallianz</p>	



<ul style="list-style-type: none"> – Evaluieren, ob die eingeführten Erleichterungen bei Eigenkapitalregelungen im Zuge der COVID 19-Pandemie beibehalten werden können 	<ul style="list-style-type: none"> – Eigenfinanzierung von Unternehmen durch geeignete Anreizsysteme fördern und Kollisionen mit anderen Steuerregelungen vermeiden <p>→ Impulspapier Steuern und Finanzen</p>	
--	--	---

<p>Geldwäsche</p> <ul style="list-style-type: none"> – Abgestimmte Strategie zwischen Bund, Ländern und EU, um Geldwäsche zu bekämpfen – Empfehlungen aus der FATF-Deutschlandprüfung in deutsches Recht umsetzen – Übertragung der Geldwäscheaufsicht auf die BaFin bei besonders finanzmarktnahen Verpflichteten – Geldwäsche-Meldungen aus dem Nicht-Finanzbereich erleichtern und im Vollzug erhöhen – Illegale Finanzierung von Immobilien bekämpfen – Versteuernsnachweis für gewerbliche Immobilienkäufer aus dem Ausland – Verbot des Erwerbs von Immobilien mit Bargeld – Kampf gegen Geldwäsche europaweit gestalten – Zentrale Geldwäschevorschriften in eine Verordnung überführen – Effektive und unabhängige Geldwäschebehörde – Zoll moderner und digitaler aufstellen – Qualität der Daten im Transparenzregister verbessern sowie die digitale Verknüpfung mit anderen Registern 	<ul style="list-style-type: none"> – Umsetzung der internationalen Vereinbarung über Mindeststeuersätze <p>→ Post-Corona-Agenda</p> <ul style="list-style-type: none"> – Stärkeres gemeinsames Vorgehen der EU-Mitgliedsstaaten gegen eine einseitige Bevorzugung von Großunternehmen und Gewährleistung einer fairen Verteilung der Steuerzahllast über alle Größenklassen hinweg – Sicherstellung, dass die Maßnahmen zielgenau auf diejenigen Unternehmen zugeschnitten sind, die aggressive Steuervermeidung aktiv betreiben <p>→ Impulspapier Steuern und Finanzen</p>	
<p>Versicherungen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Überprüfung Solvency II: Stärkung des europäischen Versicherungsmarktes – Evidenzbasierte und risikoorientierte Kapitalanforderungen – Langfristige Investitionsbedingungen von Kapitalsammelstellen verbessern – Kleine Versicherer und Pensionskassen stärker regulieren 	<ul style="list-style-type: none"> – Abschaffung der gesonderten Versicherungssteuer und die Streichung der entsprechenden Steuerbefreiung in § 4 Nr. 10 UStG – Auf diese Art und Weise würden KMU aufgrund des künftigen Vorsteuerabzugs um die bisherige Verkehrsteuer entlastet und die Besteuerung bei den Privathaushalten unverändert sichergestellt <p>→ Positionspapier Steuern und Finanzen</p>	

Ansprechpartner:

- Dr. Hans-Jürgen Völz** – Leiter der Abteilung Volkswirtschaft
- Alexander Stork** – Stellvertretender Leiter der Abteilung Volkswirtschaft
– Referent für Energie, Nachhaltigkeit, Mobilität, Logistik
- Carolin Hartmann** – Referentin Digitales und Tourismus
- Caroline Nasarewski** – Referentin Bildung
- Christina Schäfer** – Referentin Arbeit und Soziales
- Florian Kässens** – Referent Steuern und Finanzen

<https://www.bvmw.de/ueber-uns/ansprechpartner/volkswirtschaft/>

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
Bezeichnung des Vorhabens: → Welchen Bereich betrifft das Vorhaben? → Was ist geplant? → Was sind die Details?	Position des BVMW: → Was fordern wir? → In welchem Papier ist die Forderung zu finden?	
Bezeichnung des Vorhabens: → Welchen Bereich betrifft das Vorhaben? → Was ist geplant? → Was sind die Details?	Position des BVMW: → Was fordern wir? → In welchem Papier ist die Forderung zu finden?	
Bezeichnung des Vorhabens: → Welchen Bereich betrifft das Vorhaben? → Was ist geplant? → Was sind die Details?	Position des BVMW: → Was fordern wir? → In welchem Papier ist die Forderung zu finden?	